DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

JOURNALISTIK-PROF. MICHAEL MEYEN
stellt seine Verfolger ⊙ Seite 15

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 142, Samstag, 5. August 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Roger Waters mit Prof. Giorgio Agamben

WIR SIND DIE ZUKUNFT



Der 1. August 2022 auf dem Gendarmenmarkt in Berlin: Demokratiebewegung und Montagsspaziergänger vereinen sich. Foto: Georgi Belickin Titelgestaltung und Idee: DW/Feuerstacke/Sodenkamp

Es wird Zeit, das Regime konsequent zu beenden und zur Verfassungserneuerung durch uns, durch das Volk selbst aufzubrechen. Am 5. August 2023 vereinigen sich wieder Links und Rechts in Berlin, um gemeinsam in die Zukunft unserer Nation zu gehen. Die Menschheitsfamilie lebt – und Deutschland steht auf, sagt entschlossen »Ja!« zu unserer geeinten demokratischen Zukunft und »Nein« zu Kriegstreiberei, Nato, Lügenmedien, Staatsterror, Brüssel, Genf, WHO und *Wallstreet*.

Aber warum steht Deutschland seit 3,5 Jahren täglich in West und Ost, in allen Regionen unserer Heimat auf? Ganz allgemein lässt sich sagen: Fantastilliardäre drehten durch, bemächtigten sich unserer Regierung, unserer Polizei, unserer Bundeswehr und unserer Justiz, um uns das Leben auf Erden zur Hölle zu machen. Die Corona-Lüge mit den den massenhaften Schädigungen und Totgespritzten stehen am Ende einer jahrzehntelange extremistischen Fehlentwicklung, und zwar der Abkopplung von Reich und Arm auf allen Ebenen im Zuge der Neoliberalen Epoche. Die Milliardäre griffen 2020 aus, wollten nicht nur Millionenfach reicher sein als der einfache Mensch, sie wollten Gott spielen, auf allen Ebenen das Leben des Menschen unter Kontrolle bringen, bis unter die Haut.

DEUTSCHLAND STEHT AUF!

Seit 28. März 2020 erheben sich dagegen deutsche Demokraten, überwanden die eigene Schande ferner Zeiten, machten weltweit den Anfang und wetzten damit die Scharte der zwölf düsteren Jahre zwischen 1933 und 1945 aus, die damit nun in einer fernsten Vergangenheit liegen und in der Gegenwart keine entscheidende Rolle mehr spielen. Deutsche besiegten den aufkeimenden und extremistische ausgreifenden Neofaschismus und sind jetzt wieder wer.

Wir sind ab 28. März 2020 zum ersten Mal in Sachen Demokratie und Grundrechtsschutz aus dem Volk selbst zur Nummer eins weltweit geworden und gehen den Weg weiter. Bereits 2022 kam es im Zuge der Woche der Demokratie zur demokratischen Volksabstimmung des anwesenden deutschen Volkes. Mit dieser historischen Abstimmung nahm die neue Friedens- und Demokratiebewegung den 5-Punkte-Plan an.

DIE ZIELE DER LABELLOSEN NEUEN FRIEDENS- UND DEMOKRATIEBEWEGUNG LAUTEN VON BEGINN AN, SEIT 28. MÄRZ 2020:

1. SOFORTIGES ENDE DER CORONA-MAẞNAHMEN AUCH IN DEUTSCHLAND.

2. WIEDEREINHALTUNG DES GRUNDGESETZES, DES NÜRNBERGER KODEXES UND DES MENSCHENRECHTES IN WORTLAUT UND SINN.

3. NEUWAHLEN, BRECHUNG DES PARTEIENPRIVILEGS, IMPERATIVES MANDAT.

4. VOLKSENTSCHEIDE ÜBER ALLE GRUNDLEGENDEN ANGELEGENHEITEN.

5. VERFASSUNGSERNEUERUNG AUF BASIS DES GRUNDGESETZES MIT WIRTSCHAFTS- UND SOZIALCHARTA.

Punkt 1 hat die Demokratiebewegung bereits nach zwei Jahren des friedlichen Kampfes erreicht und rettete damit eine unglaublich große Anzahl an Menschenleben, die ansonsten per Zwangsinjektionen geschädigt worden wären. Punkt 2 ist in Arbeit, aber noch macht unsere teilweise gleichgeschaltete und entstellte Justiz Tausenden unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, den wahren *Citoyens*, das Leben zur Hölle. Doch auch das werden wir vom Kopf auf die Füße stellen und weiter in Richtung Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung gehen. Insofern sind wir alle echte Querdenker.

⊙ Weiterlesen Seite 9

NICHTOHNEUNS.DE

INHALT #DW142

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 142. Ausgabe ab Samstag, 5. August 2023. | Redaktionsschluss war am 3. August. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab, Prof. Michael Meyen. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Roger Waters, Prof. Giorgio Agamben. Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Für das Gewissen

Der Preis der Republik geht an Dr. Heinrich Habig.
LAUDATIO von Hendrik Sodenkamp

»Durch nichts zu entschuldigen«, so waren die Worte der Richterin bei der Verurteilung von Dr. Heinrich Habig zu fast drei Jahren Gefängnis. Der Arzt hatte Menschen in seiner Praxis geholfen, die sich vor dem Impfzwang schützen wollten und ihnen Impfbescheinigungen ausgestellt.

Schon früh warnten renommierte Experten vor den neuen Genspritzen und den unabsehbaren Folgen. Niemand wisse, wie die Langzeitfolgen seien und man sehe bereits bei den kurzfristigen Nebenwirkungen massive Konsequenzen. Doch Regierung und Konzerne wollten den Stoff an den Mann, die Frau und in die Kinder bringen und verhängten Impfpflichten im Gesundheitswesen und beim Militär und führten das G-Regime ein. Die Schicksale, die man hört, sind dramatisch: Gängelung, Mobbing, und Kündigung, Lähmung und Tod. Hier wollte Habig helfen. Er nahm die Menschen ernst und bot ihnen Schutz. Doch die Richterin warf ihm vor, ein Feind des Rechts zu sein. Ihm, der den Menschen aus der Not vor einem übergriffigen Staat half. In seinem beeindruckenden Plädoyer legte Habig dar, was ihn dazu gebracht hatte, diesen Schritt zu gehen. Wie ihn das Schicksal der Menschen berührte, die nicht mehr über ihren eigenen Körper bestimmen können sollten. Wie er ernst recherchierte, um abschätzen zu können, wie gefährlich die sogenannten Impfstoffe tatsächlich waren. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass dieses Verhalten keine Selbstverständlichkeit ist. Der Großteil der Ärztschaft, nutzte das medikal-totalitäre Regime, um sich die Taschen voll zu stopfen: mit überteuerten PCR-Testungen und den Spritzen. Paradox, dass man Habig für seine Verweigerung zunächst sogar finanzielle Gewinnabsichten unterstellen wollte.

Sein Anwalt hat gegen das infame Urteil Einspruch eingelegt. Doch schon jetzt sitzt Dr. Heinrich Habig seit Monaten im Gefängnis. Für seinen Mut, seinen Einsatz, seine Redlichkeit und seinen Anstand gebührt dem bekennenden Christen unser aller Anerkennung und der Preis der Republik.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN DR. HEINRICH HABIG DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.
Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmstein, Björn Banane.

Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Konstante Beharrung

EINWURF von Werner Köhne

Ist in naher Zukunft eine Wissenschaft vorstellbar, die nicht direkt machtpolitisch instrumentalisiert werden könnte, ja, die auf Grund revolutionär neuer Erkenntnisse den Impuls für eine allgemeine humane Entwicklung böte?

Könnte diese Wissenschaft in einer Krisensituation einen Wendepunkt darstellen, ja selbst zum Zentrum des Widerstands gegen herrschende Formen der Dehumanisierung werden? Zur Zeit sieht es danach nicht aus. Gab es so einen *Turn around* überhaupt jemals in der Geschichte?

Am Ende des Mittelalters entdeckte der Forscher Isaak Newton die Gesetze der Mechanik als eine Art Befreiung. Besonders folgende Erkenntnis trug dazu bei: Eine Kugel, die von einer schrägen Ebene auf eine gerade Ebene rollt, behält von da an die gleiche Geschwindigkeit bei. In diesem Phänomen der konstanten Beharrung erspürt nun Newton eine existentielle Antwort auf die religiöse Krise seiner Zeit.

Es ist eine Zeit in Aufruhr: Das aristotelische Weltbild bröckelt. Besonders eine Frage drängt sich auf: Wer ist Gott, wenn er nach Kopernikus' Entdeckung des Kosmos in der Unendlichkeit des Raums verschwindet, wenn er gar als Schöpfer allen Seins das Böse zulässt? Folgt man den Gedanken des Philosophen Hans Blumenberg, so war es damals die Physik, die mit ihren unbestreitbaren Gesetzen die Tore zu einer neuen Selbst- und Weltdeutung aufschloss und so auch für die Legitimität der Neuzeit sorgte. Sie musste sich damals behaupten gegen den Ideenwirrwarr des Mittelalters.

Führt uns diese Spekulation nicht in die Wirrnisse der Tagesaktualität, aber in verkehrter Richtung: Die Wissenschaft generiert inzwischen Erkenntnisse, die – so etwa im Fall der Virologie – in ihrer technokratischen Verengung alle befreiende Kraft einbüßen. Geradezu naiv und veraltet wirken da heute die Reinheitsgebote, die ein Karl Popper und ein Jürgen Habermas für die Wissenschaft einfordern: eine Versuchsanordnung für Wahrheit zu sein. Schön eingehegt disputieren – lohnt das überhaupt noch?

Währenddessen fährt der Zug in die real drohende Dystopie weiter. Dabei hätten gerade Wissenschaften wie die Virologie oder die Genforschung das Potential für eine epochale Wende, die sich am Wert des geglückten Lebens orientiert. Wird hier nicht eine Chance vertan?



LAUTERBACH DROHT MIT »INTERVENTIONSKASKADEN«

Karl Lauterbach (SPD) ist es zu heiß. Will er die Sonne verdunkeln?
Von Hendrik Sodenkamp

Demokraten kennen das Spiel mit der Angst. Foto: DW/Georgi Belickin

Am 28. Juli 2023 stellte der über alle Maßen geliebte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) einen »ersten, konkreten Hitzeschutzplan« der Bundesregierung vor. Was darin steht, lässt erschaudern.

Während der deutsche Juli des Jahres 2023 eher kühl und regnerisch daherkommt, wird auf allen Kanälen der Konzern- und Regierungspresse der »heißeste Sommer seit Beginn der Wetteraufzeichnungen« verkündet. Noch nie soll es so heiß gewesen sein wie jetzt. Der angegebene Grund: Klimawandel, was sonst. In dunkelroten Farben glühen die Wetterberichte der *tagesschau*. In genau den Farbtönen, die man noch vom berüchtigten *»Dashboard«* (dt. Anzeigengrafik) des noch berüchtigteren Johns-Hopkins-Institutes kennt. Kein Wunder, das man misstrauisch wird.

In den Jahren 2020 und 2021 starrten alle gebannt auf die Grafik des Bundesamt für Statistik zu den Sterbefällen in Deutschland. Dort war bis zum Beginn der allgemeinen Impfkampagne nichts besonderes zu sehen. Diese Zeitung druckte diese Grafik deshalb zur Verdeutlichung der damit nachgewiesenen relativen Ungefährlichkeit des Coronavirus in dutzenden Ausgaben ab. Nur ein kleiner Ausreißer nach oben war einmal im Sommer zu beobachten. Dort war es heiß, Sommer eben. Schon damals, wusste die *taz* in ihrem Text *Hitzetod durch Klimawandel* vom 7. Juni 2021, dass es nach Corona Luft und Sonne seien werden, vor der uns eine weise und gestrenge Regierung in Zukunft werde schützen müssen.

»NICHT AUF KIPP SONST KIPPST DU UM!«

Nach den nun vorgelegten Plänen hat Karl Lauterbach vier Ziele: An erster Stelle steht für ihn die »Sensibilisierung der Bevölkerung«. Wir alle sollen bald verstehen, dass die Sonne heiß ist (Vorsicht, nicht anfassen!), und dass man in der knallen Sonne besser viel Wasser zu sich nimmt und die Wohnung kühl hält.

Danke dafür. Bestimmt wird es bald eine viele Millionen Euro teure Informationskampagne geben, in der uns Karl Lauterbach sagt, dass man an heißen Tagen am besten morgens lüftet, dann die Fester sowie Vorhänge geschlossen hält und abends, wenn es wieder kühl ist, frische Luft in die Räume lässt: »Sei kein Querdenker, sei Querlüfter!«, wäre ein möglicher Slogan hierfür. (Bitteschön, nehmt ihn, das spart uns allen eine Menge Geld!). »Sensibilisierung« heißt auch, dass wir Menschen endlich begreifen müssen, dass *Sommer* ein echtes Problem ist und dass die »Sonnentod-Skeptiker/-Verharmloser/-Leugner«, isoliert und ausgegrenzt gehören. Denn immerhin haben sie mit der Verbreitung von Zweifel Menschenleben auf dem Gewissen (Überlastung des Gesundheitssystems).

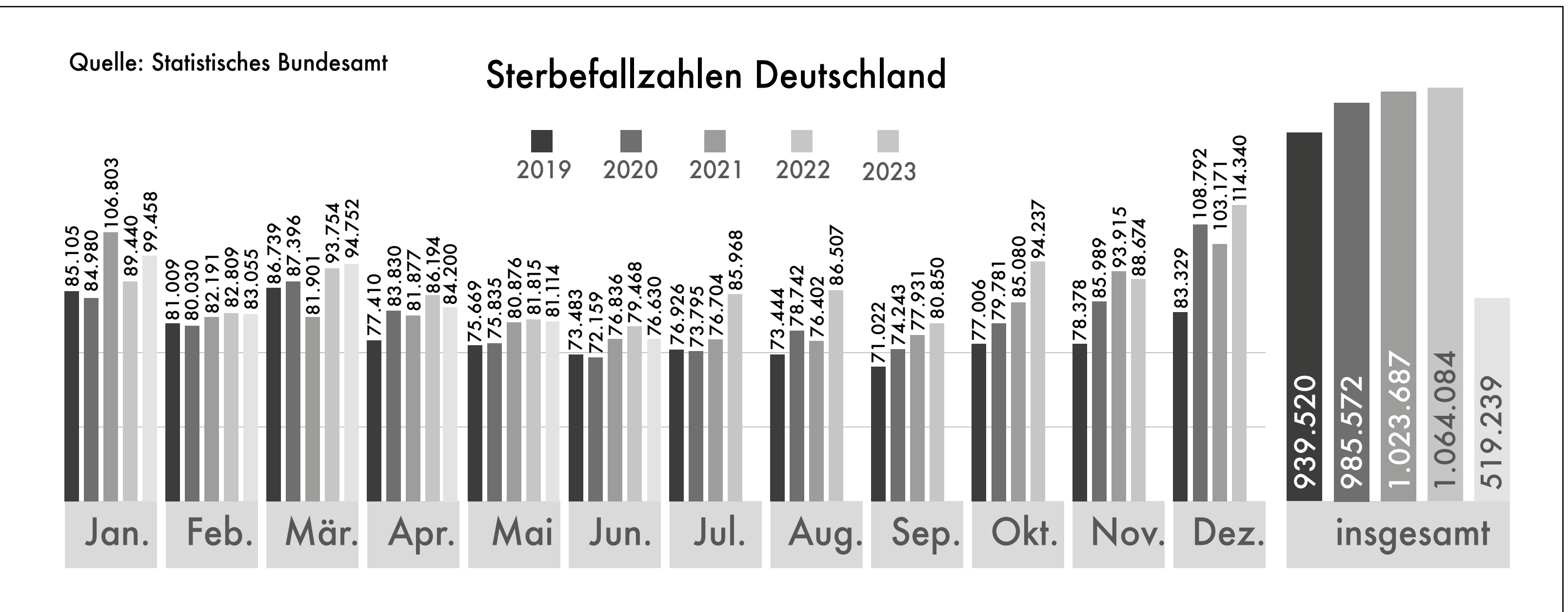
»NEHMEN SIE BITTE DIE BEDROHUNG ERNST«

Punkt zwei von Karl Lauterbachs Zielen, ist die »Reduzierung und Vermeidung von hitzeassoziierten Todesfällen sowie Abmilderung von Krankheitsverläufen«, klingt nett. Aber geht es ihm um das Aufstocken des Personals in Kranken- und Pflegeheimen, sodass niemand dort an heißen Tagen dehydriert? Nein, es geht ihm hierum – und jetzt wird es wirklich gruselig. Ziel drei: »Auslösen von Interventions - und Kommunikationskaskaden (!) (Auslösen von Schutzmaßnahmen (!)) durch gezielte Warn-Information (!)«. So so, kybernetische *»Interventionskaskaden«*, bei denen dann niemand mehr verantwortlich sein weil. Das kennen wir ja noch vom R-Wert oder der magischen »7-Tage-Inzidenz«. Steigt das Thermometer über eine gewisse Temperatur, startet automatisch der Zugriff und »Schutzmaßnahmen« werden »ausgelöst«.

»Kommunikationskaskaden« und »gezielte Warnhinweise« klingen danach, dass Karl Lauterbach im Klima-*Lockdown* wieder täglich in Fernseh-*Talkshows* auftreten will, während draußen die Polizei mit Lautsprechern auf den Wagen, die Ausgangssperre (die *Bundes-Siesta,* nochmals bitteschön) kontrolliert: »Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, die herrschenden Temperaturen von über 30 Grad stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Gesundheit und das Leben aller Menschen dar. Es ist deshalb *unbedingt* notwendig, die staatlich verordneten Schutzmaßnahmen einzuhalten. Nehmen Sie bitte die Bedrohung ernst. Jeder von uns trägt mit seinem Verhalten dazu bei, sich und seine Mitmenschen zu schützen. Vielen Dank.«

Interessant ist dann auch das vierte und letzte Ziel, die »Verbesserung und Verbreitung der wissenschaftlichen Evidenz«. Genau, wissenschaftliche Evidenz ist keine Grundlage für den Hitzeschutzplan, sondern »ein Ziel«. Das bedeutet: Das Bundesgesundheitsministerium wird in den kommenden Monaten Millionen Euro Fördergelder für Studien ausgeben, die komischerweise genau belegen werden, dass Karl Lauterbach mit seinen Hitzeschutzplänen absolut recht hat, dass diese notwendig sind sowie alternativlos und maximal noch verschärft werden können. Und für die »Verbreitung« dieser »wissenschaftliche Evidenz« werden dann wiederum Millionen ausgegeben. Die *taz* steht mit ihren selbsternannten »Klimaredakteuren« bestimmt schon am Schreibtisch, um den Antrag zu schreiben. Irgendwo muss das Geld ja herkommen, wenn die Auflage dermaßen sinkt.

Oder ohne Ironie: Stockt das Pflege- und Krankenhauspersonal auf, damit bei heißem Wetter niemand unterversorgt ist und dehydriert. Und hört einfach auf, so zu tun, den Tod abschaffen zu wollen.



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.
Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

IMPFNEBENWIRKUNGEN

Amsterdam/DW. Laut Datenstand vom 31. Juli 2023 der Europäischen Arzneimittelagentur EMA wurden im Zusammenhang mit den Corona-Spritzen bislang 645.361 schwerwiegende Nebenwirkungen gemeldet und 28.106 Todesfälle. Kinder sind mit 15.297 schwerwiegenden Nebenwirkungen und 267 Todesfällen vertreten. Man geht von einer massiven Dunkelziffer aus.

AUFARBEITUNG VON OBEN

Dresden/DW. Der Dresdener Stadtrat Thomas Löser der Bündnisgrünenpartei trat am 1. August 2023 an die Öffentlichkeit, um eine »offene Debatte über Folgen und Nebenwirkungen der Coronaimmpfung anzustoßen«, so die Sächsische Zeitung. Grund für seinen Gang an die Öffentlichkeit sind schwere Impfnebenwirkungen bei seiner 16-jährigen Tochter, die drei Tage nach der Impfung aufgetreten seien . Löser hatte vehement für die Imfpkampagne geworben und beispielsweise in Internetforen die portugiesische Impfquote von 98 Prozent als vorbildhaft erklärt und fehlende »Solidarität und Verantwortungsgefühl« bei den Deutschen bemängelt. Löser gab Medien gegenüber zu Protokoll, dass er diesen Schritt unternommen hätte, um »der AfD nicht das Feld zu überlassen«. Kritiker bemängeln, dass Thomas Löser aus der Erkrankung seiner Tochter politisches Kapital schlagen wolle, um selber als öffentliche Person der Aufarbeitung auftreten zu können. Für die Aufarbeitung eigener Versäumnissen. (hes)

WÜTENDE RICHTERINNEN

Zwei Coronafälle vor Gericht. | Von Gordon Pankalla

In der Coronazeit habe ich vor Gericht schon einiges erlebt, aber auch bei den nun noch übrig gebliebenen Fällen hat sich an der Art der Verhandlungsführung nichts geändert – gar nichts.

Es war schon unglaublich, was die Richterin in dem Berufungsverfahren in Hannover gegen Robert S. bisher veranstaltet hatte, einen Patienten der bekannten Maßnahmen-kritischen Ärztin Dr. Carola Javid-Kistel. Im *DW* berichtete ich bereits in Ausgabe 140 über diesen Fall: Die Richterin lud Zeugen vor, die für die Urteilsfindung völlig unerheblich waren. Nun meldete ich mich für den nächsten Verhandlungstag wegen einer Bronchitis krank. Das hielt die Richterin jedoch nicht davon ab, auch ohne mich, den Anwalt, weiter zu verhandeln. Zwar ist dies grundsätzlich in den Fällen einer Wahlverteidigung möglich, kommt aber kaum vor. Ich jedenfalls habe das in 20 Jahren Anwaltstätigkeit noch nie erlebt. Ferner stuft der Bundesgerichtshof ein solches Verhalten als ein Verstoß gegen ein faires Verfahren ein – was uns dann gegebenenfalls noch einen Grund für eine Revision in dem Verfahren verschaffen könnte. Von einem fairen Verfahren in Hannover gehe ich ohnehin nicht mehr aus. Die Verfahrensführung verläuft völlig an der Rechtsfindung vorbei; mein Befangenheitsantrag wurde abgelehnt, da dieser angeblich nicht unmittelbar erfolgte. Die Richterin hatte unter anderem vor aller Öffentlichkeit die Krankenakte meines Mandanten verlesen und wollte den Gerichtssaal damit zum Behandlungsraum machen. Dass dies rechtlich für das Berufungsverfahren völlig unerheblich war, störte sie dabei wenig.

VIDEOBEWEIS NICHT ANERKANNT

Letzte Woche fuhr ich zu einem Verfahren nach Düsseldorf. Meine Mandantin hatte auf einem Bahnsteig zur Zeit der Maskenpflicht ihre Maske kurz unter die Nase gezogen, um besser Luft zu bekommen. Als sie dann von den Ordnungskräften zunehmend genervt wurde, nahm sie kurzerhand ihre Beine in die Hand und wollte die U-Bahn-Station verlassen. Von vier Personen wurde Yvonne F. brutal zu Boden gebracht, so dass sie mit dem Kopf auf den Steinboden schlug.

So beschrieb mir meine Mandantin die Situation. Im Gerichtssaal spielte die Richterin das Beweisvideo vor, welches zuvor aus unerfindlichen Gründen nicht zu übermitteln gewesen war. Das Video bestätigte die Darstellung meiner Mandantin, aber die Richterin hatte wohl ein anderes Video gesehen oder Tomaten auf den Augen.

Unentwegt schrie sie meine Mandantin an. »An ihrer Stelle wäre ich nun mal ganz vorsichtig«, schallte es von vorne. Als meine Mandantin wegen der Aufregung einen Schluck Wasser trinken wollte, ertönte es, dass im Gerichtssaal nicht getrunken werde und meine Mandantin gleich ein Ordnungsgeld dafür bekommen werde. Ich überlegte an der Stelle, was diese gespielte Aufregung der Richterin eigentlich zu bedeuten habe und ob ich einen Befangenheitsantrag stellen sollte. Als dann in dem Video zu sehen war, dass einer der Ordnungskräfte meine Mandantin mit voller Wucht auf die Brust schubste und diese dann auf einer Bank landete und dabei die Füße aus Reflex in die Höhe gingen, empörte sich die Richterin abermals: nun habe meine Mandantin auch noch um sich getreten.

Es folgte sodann die Auflösung für die gespielte Empörung der Richterin. Sie schlug uns einen »*Deal*« vor. Wir sollten den Einspruch gegen den Strafbefehl zurücknehmen, dort sei nur eine Beleidigung vermerkt gewesen, ansonsten drohe jetzt nämlich eine Anklage wegen einer schweren Körperverletzung mit einer Mindeststrafe von sechs Monaten. In dem Video waren dafür zwar keinerlei Beweise vorhanden und meiner Ansicht nach standen die echten Täter als Zeugen vor der Türe, gleichwohl entschieden wir uns dann für den »dreckigen «. Warum? Erstens war es offensichtlich, dass bei dieser Richterin kein Recht gesprochen werden würde und zweitens war eine Verurteilung wegen Beleidigung doch sehr wahrscheinlich, wenn die Zeugen übereinstimmend aussagen würden. Und davon war auszugehen. Schließlich bekamen wir noch die Höhe des Tagessatzes reduziert. Auch ist eine erneute Anklage in dem gleichen Sachverhalt wegen einer angeblichen Körperverletzung nun nicht mehr möglich.

DER SPATZ IN DER HAND

Dies ist nur ein weiteres Beispiel für die »Corona-Prozesse«. Bei diesen habe ich ein faires Verfahren fast nie erlebt. Es ist leider eine traurige Wahrheit, dass man in diesen Verfahren besser mit dem Spatz in der Hand, als mit der Taube auf dem Dach den Gerichtssaal verlässt. In rechtlicher Hinsicht, und dies war auch der gespielt wütenden Richterin klar, bestand für die Ordnungskräfte auch keinerlei Recht zur Festnahme nach Paragraph 127 der Strafprozessordnung. Die vorläufige Festnahme gilt nämlich nur für Straftaten, nicht aber für vermeintliche Ordnungswidrigkeiten, wie Maske-kurz-unter-die-Nase-ziehen. Aber bei Corona-»Taten« gelten eben andere Regeln als normalerweise, da können »Querdenker« einfach straffrei mit dem Kopf auf den Steinboden geknallt werden – sie sind ja schließlich eine Gefahr für die gesamte Bevölkerung.



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

Der »wahre« Preis

Wie uns ein Billig-Konzern mit teuren Würstchen die Welt als mega-komplex verkaufen will. | Von Hendrik Sodenkamp

Der für seine Regenbogen-Kriegsbeflaggung bekannte deutsche Lebensmittelkonzern REWE leistete sich in der vergangenen Woche eine aufsehenerregende Aktion. In seinem Sub-Unternehmen, der Discounter-Kette Penny, wurden ab dem 31. Juli 2023 für eine Woche sogenannte »wahre Preise« für neun Produkte angegeben.

Diese »wahren Preise« sollen nach Konzernangaben auch die »ökologischen Folgekosten der Produkte beinhalten« und sind um einiges höher als sonst schon. Erstaunlich ist an der Aktion bereits, dass ausgerechnet die Kunden des Discounters Penny, also Menschen, die eher weniger Geld in der Tasche haben, die ausgerufenen »Klimakosten« bezahlen sollen. Der Konzern schreit damit den Menschen förmlich ins Gesicht: »Regt euch nicht über die Inflation auf! Regt Euch nicht über teure Lebensmittel auf! Ihr habt keine Butter verdient! Wenn wir teuer sind, sind wir die Guten! Essen ist ein Privileg!«

Das Konzept der »wahren Kosten« ist nicht neu für mich. Der damalige Generalsekretär des Club of Rome, Graeme Maxton, schrieb sie meinem Kollegen Anselm Lenz und mir 2016 in unser Buch, die Anthologie *Das Kapitalismustribunal*. Dort stellte er die Idee der sogenannten Pigou-Steuer vor. Diese sähe beispielsweise vor, dass Zigarettenproduzenten mit dieser Pigou-Steuer auf Zigaretten, Zigarren und so weiter die berechneten, anfallenden Kosten für Lungenkrebs direkt bezahlen. Überhaupt *alle* gesellschaftlichen und ökologischen Folgekosten sollten mit dieser Pigou-Steuer bedacht werden.

ALLES HÄNGT MIT ALLEM ZUSAMMEN, IRGENDWIE

Uns kam das recht umständlich, unsystematisch bzw. willkürlich und vor allem unrealistisch vor. Denn wer soll das berechnen? Und wie? Wie berechnet man eine Pigou-Steuer allein für etwas so simples wie ein Messer? Nach den statistisch berechneten Krankenhauskosten für abgeschnittene Fingerkuppen beim Tomatenschneiden oder für Krankenhauseinweisungen nach Messerstechereien? Zahlt man beim Kauf von Tomatenmessern auch Messerstecherei-Verletzungen mit oder ist das auf unterschiedliche Messerarten steuerlich verteilt? Ab wann ist die Debatte um die Messer-Steuer rassistisch konnotiert? Was ist noch Ok? Wie lang muss ein Messer sein, um in die Kategorie »Stecherei-Messer« zu fallen? Was ist, wenn durch die Steuer die Preise von langen Messern im Vergleich zu kurzen Messen so stark ansteigen, dass aus Kostengründen Messerstechereien nur noch mit kurzen Messern stattfinden? Ab wann greift da der Gesetzgeber mit Steuersenkungen ein? Oder doch lieber mit Steuerhebungen? Oder doch mit einer erneuten Änderung der Steuerklassen für Messerlängen? – Sternstunden der Verwaltung und »der Wissenschaft« kündigen sich an.

Millionen solcher schwachsinniger Bürokraten-Fragen würden bei allen verkauften Dingen auftauchen – vor allem dann, wenn man diese Logik auf so umfassende und unscharfe Themen wie »das Klima« oder »die Natur« anwendet. Welchen Schaden richtet mein Tomatenmesser im Amazonasbecken an und wie soll man das in Deutschland versteuern? Und was mit den Umsiedlungskosten für eine gefährdete Käferart im Einzugsbereich der Eisenmine? Und sind da nicht auch andere Tiere? Sind hierfür wirklich die Forschungsmittel ausreichend? Auf tausende solcher Fragen würde es zehntausende »wissenschaftliche« Antworten geben und abertausende Steuersätze – und Millionen Bürokraten oder eine gigantische KI, die das ausspuckt, was man hören will. Nun, das Gedankenspiel war interessant und wir waren froh, Graeme Maxton als Person mit dabei zu haben und druckten es ab.



Die neuen Preise im Discounter. Foto: Bildschirmfoto/Penny

GLOBAL PLAYER PENNY

Nach dem Penny-Konzept sieht es nun sogar so aus, dass gar keine »Steuer« des Staats erhoben werden soll, sondern der Konzern selber die Preise in seiner großen Güte und in aller »Wissenschaftlichkeit« erhöht, um mit diesem zusätzlichen Kapital ausgestattet loszuziehen, um »das Klima« und »die Welt« zu retten. Es gibt also gar keine bescheuerte aber irgendwie noch demokratische Parlamentsdebatte über den Haushalt mehr, sondern die Konzern-Granden entscheiden nach Gutdünken (im Volksmund »die Wissenschaft« genannt) einfach selber, welchem Konzernkumpel sie das Geld zum *Wohle der Menschheit* zuschanzen wollen. Im Zweifelsfall betreibt der Zigarettenfabrikant die Lungenkrebsklinik und die Krankenversicherung einfach selber, verdient doppelt und dreifach und wird dafür noch als Philanthrop in den Himmel gelobt.

»Die Einführung der Pigou-Steuer bedeutet einen großen Aufwand und muss gut vorbereitet werden«, schrieb Graeme Maxton damals in unserem Buch. Nun, wenn die Penny-Aktion Teil dieser Vorbereitung gewesen sein soll, dann ist sie gehörig ins Wasser gefallen. Durch die Bank wurde der REWE-Subkonzern verspottet, niemand fand es toll. Vor allem nicht die Penny-Kunden. Nur der öffentlich-rechtliche Rundfunk frohlockte, na klar. Der *WDR* musste dabei für Lobhudelei jedoch auf eine eigene Mitarbeiterin zurückgreifen, die er als zufällige Passantin tarnte: »Ich finde es toll«, sagte *WDR*-Hanna, weil sie dafür bezahlt wurde. Sonst wollte das niemand sagen. – Mal schauen, wie lange wir diese Debatte um unsere Penny-Privilegien an der Backe haben.



Versammlung am 29. Juli 2023 in Bochum. In allen Regionen unseres Landes sind die Menschen auf der Straße. Foto: Georgi Belickin



#ICHHABEMITGEMACHT IST KEINE STRAFBARE FEINDESLISTE

KOLUMNE RECHTSSTAAT

von Prof. Dr. Martin Schwab

Der Betreiber des Blogs #ichhabemitgemacht ist jüngst wegen »gefährdender Verbreitung personenbezogener Daten« (Paragraph 126a Strafgesetzbuch, der sogenannte Feindeslisten-Paragraph) angeklagt worden.

Auf dem Blog werden öffentlich getroffene Aussagen festgehalten, die während der Coronamaßnahmen gemacht wurden. Die Anklage ist juristisch unter keinem Gesichtspunkt begründbar.

PARAGRAPH 126A ABSATZ 1 DES STRAFGESETZBUCHES (STGB)

»Wer öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten eines Inhalts (Paragraph 11 Absatz 3) personenbezogene Daten einer anderen Person in einer Art und Weise verbreitet, die geeignet und nach den Umständen bestimmt ist, diese Person oder eine ihr nahestehende Person der Gefahr
1. eines gegen sie gerichteten Verbrechens oder
2. einer gegen sie gerichteten sonstigen rechtswidrigen Tat gegen die sexuelle Selbstbestimmung, die körperliche Unversehrtheit, die persönliche Freiheit oder gegen eine Sache von bedeutendem Wert auszusetzen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.«

Die Tatsache, dass eine namentlich benannte Person etwas geäußert hat, lässt sich gewiss als personenbezogenes Datum einordnen. Doch stellt sich die Frage, ob #ichhabemitgemacht Daten »verbreitet« hat. Denn es sind dort nur Äußerungen dokumentiert, die deren Urheber ihrerseits öffentlich bekundet haben. Jeder, der will, kann sowieso schon auf diese Äußerungen zugreifen. Kann man diese Daten überhaupt noch »verbreiten«? Hier hilft ein Blick auf Paragraph 126a Absatz 2 Strafgesetzbuch: Wer Daten verbreitet, die nicht öffentlich zugänglich sind, wird noch härter bestraft. Folglich meint Paragraph 126a Absatz 1 StGB die Verbreitung von Daten, die bereits öffentlich zugänglich sind. Also meinetwegen: #ichhabemitgemacht hat personenbezogene Daten verbreitet, und zwar in Gestalt von Inhalten (Paragraph 11 Absatz 3 StGB), nämlich in Datenspeichern im Internet.

Das kann aber nicht bedeuten, dass jeder, der öffentlich herumpöbelt (und nichts anderes haben jene getan, deren Äußerungen bei #ichhabemitgemacht dokumentiert sind), mit den Mitteln des Strafrechts unter Naturschutz gestellt werden darf. Der Betreiber des Blogs #ichhabemitgemacht strebt ersichtlich eine Teilnahme am politischen Diskurs an und darf daher den Schutz des Grundrechts auf Meinungsfreiheit (Artikel 5 Absatz 1 Satz 1 GG) für sich beanspruchen. Daraus ergeben sich zwei wichtige Konsequenzen:

Zum einen sind an die Deutung des Merkmals »geeignet und nach den Umständen bestimmt«, die betroffenen Personen den in Paragraph 126a Absatz 1 StGB beschriebenen Gefahren auszusetzen, die gleichen Maßstäbe anzulegen wie beim Straftatbestand der Volksverhetzung (Paragraph 130 StGB), wenn es dort um die Eignung geht, »den öffentlichen Frieden zu stören.« Zu Paragraph 130 StGB hat das Bundesverfassungsgericht (vom 28. Juli 2017 – 1 BvR 1384/16) Folgendes ausgesprochen:

»Vielmehr verstößt die Verurteilung wegen einer Äußerung schon dann gegen Artikel 5 Absatz 1 Grundgesetz, wenn diese den Sinn, den das Gericht ihr entnommen und der Verurteilung zugrunde gelegt hat, nicht besitzt oder wenn bei mehrdeutigen Äußerungen die zur Verurteilung führende Deutung zugrunde gelegt worden ist, ohne dass andere, ebenfalls mögliche Deutungen mit überzeugenden Gründen ausgeschlossen worden sind.«

#ichhabemitgemacht ist eindeutig nicht dazu bestimmt, gegen die Urheber der dort gelisteten Äußerungen zur Gewalt aufzurufen. Der Zweck von #ichhabemitgemacht besteht nach eigenem Bekunden darin, Beweisstücke zu sammeln, weil die Täter des Corona-Unrechts jegliche Beteiligung abstreiten werden, sobald die Stimmung sich dreht. Es geht also um eine zeitgeschichtliche Dokumentation und um die Vorbereitung einer juristischen Aufarbeitung. Von Gewalt redet hier niemand. Nicht auch nur im Entferntesten.

DAS RECHT AUF GEGENSCHLAG

Zum anderen kennen wir das Recht auf Gegenschlag (siehe zum Beispiel Bundesverfassungsgericht vom 10. März 2016 – 1 BvR 2844/13). Damit ist Folgendes gemeint: Wer sich abwertend über andere äußert, muss eine scharfe Reaktion hinnehmen. Und wer diese abwertende Äußerung öffentlich bekundet, darf sich nicht beschweren, wenn auch der Gegenschlag öffentlich geführt wird. Man könnte auch sagen: Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil.

Es ist hier nicht der Ort, die ungeheuerlichen Entgleisungen zu wiederholen, die sich die Scharfmacher der *Lockdown*- und Impfzwang-Propaganda geleistet haben. Die einschlägigen Äußerungen sind sattsam bekannt. Wer Menschen, die sich weigern, die Selbstbestimmung über ihren eigenen Körper auf dem Altar der medial aufgeheizten Corona-Hysterie zu opfern, mit einer solch herablassenden Verachtung diffamiert, darf sich über eine Gegenreaktion nicht wundern. Und diese fällt bei #ichhabemitgemacht vergleichsweise moderat aus. Die Verachtung, die aus den gelisteten Äußerungen spricht, wird nicht mit Verachtung vergolten, sondern nur mit der Ankündigung, dass jene Äußerungen nicht in Vergessenheit geraten werden – auch und gerade dann nicht, wenn die breite Mehrheit der Gesellschaft aus der Corona-Hypnose aufgewacht ist und nach einer Aufarbeitung strebt. An keiner Stelle wird in Zweifel gezogen, dass sich diese Aufarbeitung in rechtsstaatlichen Bahnen zu vollziehen hat. Auch hier fehlt es am Tatbestandsmerkmal »geeignet und nach den Umständen bestimmt«.

MELDUNG

DIE VERÖDUNG DER INNENSTÄDTE

Berlin/DW. Das durch die Coronamaßnahmen und die Inflation massiv angeschlagene Gastronomie-Gewerbe bangt um seine Existenz. Laut Meldung der regierungsnahen *tagesschau* vom 30. Juli 2023 warnt der Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA vor einer Rückanhebung der Mehrwertsteuer von sieben auf 19 Prozent. Die Senkung war als »Entlastung« für die Komplettschließung unter der Corona vorgenommen worden. Rund 12.000 Betriebe in Deutschland ständen bei diesem Schritt vor dem aus, so die DEHOG in Bezug auf eine Umfrage. Widerspuch kommt dabei von Friedrich Heinemann vom umstrittenen Leibnitz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim (ZEW). Die »Subventionierung der Gastronomie« müsse nach »Ende der Krise« aufhören, denn durch eine dauerhafte Subventionierung der Gastronomie schaffe man für »die Bürgerinnen und Bürger Anreize, ihre Zeit nicht bei der Arbeit, sondern im Restaurant« zu verbringen. Der Kultur-*Shutdown* gehe in anderer Form weiter, so Kritiker. (hes)

LIEBER MACHEN, WAS *WIRKLICH* ZÄHLT

Berlin/DW. Der Nato laufen die Soldaten davon. Immer weniger Menschen wollen in der Bundeswehr dienen, dies wurde in einer landesweit lancierten Medienkampagne am 2. August 2023 bekannte. Nach Schätzungen des deutschen Militärs, sind bis 2031 etwa 20.000 neue Soldatinnen und Soldaten benötigt. Der Bundeskriegsminister Boris Pistorius (SPD) kündigte an, dass man die »Betreueung« von Willigen in Zukunft engmaschiger gestalten wollen. Wer eine sogenannten Karrierecenter der Bundeswehr, solle dieses quasi nicht mehr verlassen, um nicht mehr auf andere Gedanken, wie zum Beispiel von Frieden zu kommen. Boris Pistorius (SPD) gilt als große rote Leuchte der Ampelregierung. (hes)

BUNDESPARTEITAG DER AFD

Berlin/DW. Beim Bundesparteitag der AfD in Magdeburg am vergangenen Wochenende wurde Maximilian Krah zum Spitzenkandidaten der AfD-Liste für die Eurowahl 2024 gewählt. Weiters wurde ein Antrag der Parteiführung angenommen der ID-Partei des Europaparlaments beizutreten, der u. a. die österreichische FPÖ und die französische Partei Rassemblement National Marine Le pen angehören. Die AfD werde nicht in Europa aufgehen, betonten Parteisprecher, man wolle einen »geordneten Ausstieg Deutschlands«. Der thüringische AfD-Mann betonte: »Die EU muss sterben, damit das wahre Europa leben kann«. Die Parteivorsitzende Alice Weidel bekannte sich zur Basisdemokratie, man wolle für »Volksabstimmungen über alle elementaren Fragen« auf Bundesebene eintreten. Die AfD hat derzeit ein Umfragenhoch und ist in Ostdeutschland großflächig die stärkste Partei. (hes)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AHRENSFELDE: Montag 18.00 • Märkische AZ • Rathaus
AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
COBURG: Montag 18.00 • Neue Presse • Rathaus
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17üNDR Funkhaus
• Rudolf-v.-Bennigsen-Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media Dock • Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
ULM: Montag 18.00 • Südwestpresse • Am Rathaus
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz

IMMER MONTAGS!

ARTERN, 18 Uhr, am Geschwister-Scholl-Platz – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr am Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus– EINBECK, 18 Uhr, am Till-Eulenspiegel Brunnen – ELMSHORN, 18.30 Uhr, am Rathaus – FREIGERICHT, 18.30 Uhr, am Rathaus – FRITZLAR, 18.00 Uhr, am Marktplatz – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – GLASHÜTTEN, 18 Uhr, am Bürgerhaus – GRIMMEN, 18 Uhr, am Kulturhaus Europas – HAMMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – KALTENNORDHEIM, 18 Uhr, am Treibplatz am Parkplatz Nähe Kirche – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAUENBERG, 18 Uhr, am Rathaus – LÜTJENBURG, 18 Uhr, am alten Rathaus – MAASHOLM, 18 Uhr, am Denkmal vor der Schifferkirche – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – OSTSTEINBECK, 18 Uhr, an der Bücherhalle – SCHLOSSVIPPACH, 19 Uhr, am Rathaus.

KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!



ÜBER 700 MOTIVE!
GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER WIDERSTAND • RUBIKON • APOLUT • WIKILEAKS U.A.

WWW.HARLEKIN.SHOP

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 5.8.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 5.8.2023 13-22Uhr	Berlin, Brandenburger Tor	GROßDEMO
Sa, 5.8.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 5.8.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 5.8.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 5.8.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 5.8.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 5.8.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 5.8.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 6.8.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 7.8.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 7.8.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 7.8.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 7.8.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 7.8.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 7.8.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 7.8.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 7.8.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 7.8.2023 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 7.8.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilianstraße 26	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-19:15 Uhr	Minden, an der Martinstreppe beim Rathaus	Demo
Mo, 7.8.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 7.8.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 7.8.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 19-20 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 7.8.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 7.8.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 7.8.2023 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 7.8.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 7.8.2023 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 7.8.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 8.8.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 8.8.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 8.8.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 8.8.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 8.8.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 9.8.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 9.8.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 9.8.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 9.8.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 9.8.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 9.8.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 9.8.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 9.8.2023 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 9.8.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 9.8.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 10.8.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 10.8.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 10.8.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 10.8.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 10.8.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 10.8.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 10.8.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 10.8.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 10.8.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 11.8.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 5.8.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 12.8.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 12.8.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 12.8.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 12.8.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 12.8.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 12.8.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 12.8.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 12.8.2023 12-16:50 Uhr	Berlin, Park & Ride U-Bahnhof Hönow	Autokorso
Mi, 16.8.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Sa, 19.8.2023 14-18 Uhr	Wuppertal, am Geschwister-Scholl-Platz	Demo und Aufzug
Mi, 6.9.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN

SO WIRD DER 5. AUGUST

INTERVIEW ***mit den Organisatoren Captain Future und Frau Köhler.***

DW: Herr Future und Frau Köhler, Sie sind im Organisations-Kernteam der Großdemo am 5. August 2023 in Berlin. Wo haben Sie das gelernt?
Captain Future: Auf der Straße. Ich organisiere seit dem Frühjahr 2020 Demonstrationen und Aktionen in Berlin und in Deutschland. Teilweise wöchentlich.
S. Köhler: Im vergangenen Jahr haben wir bereits die Woche der Demokratie organisiert. Der Augusttermin ist seit 2020 historisch. Eine ganze Woche lang war die Demokratiebewegung in der Stadt. Und es war ein Erfolg, mit vielen Tausend Teilnehmern.

DW: Wer hat noch mitorganisiert?
S.K.: Große Teile der Berliner Demokratiebewegung haben das Bündnis *Wir sind viele* gegründet, dieses organisiert auch die Demo am 5. August.
C.F.: Dabei sind unter anderem Querdenken Berlin, Studenten Stehen Auf, die Partei Die Basis, Eltern stehen auf, Pflege für Aufklärung und Pflege mit Herz, der Autokorso Berlin, die Berliner Kommunarden, Nicht ohne uns und die Freedom Parade.

DW: Wie läuft der Tag ab?
C.F.: Beginn ist um 13 Uhr am Brandenburger Tor mit einer Auftaktkundgebung. Da sprecht ihr vom *DW*, also Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp und der Musiker Yann Song King macht Stimmung. Nach einer kurzen Verschnaufpause geht es um 14 Uhr mit dem Umzug los. Erstmal Richtung Potsdamer Platz, dann die Leipziger Straße hinunter, wo wir dann links Richtung Gendarmenmarkt einbiegen.

DW: Hier vereinten sich im vergangenen Jahr Demokratiebewegung und Montagsspaziergänger.
C.F.: Und hier wird es erneut einen Stopp geben. Im Anschluss geht es hinauf zur Prachtstraße Unter den Linden, über die wir dann laufen und kurz beim *ZDF*-Hauptstadtstudio vorbeischauen. Vor dem Brandenburger Tor biegen wir rechts ab, um noch einen Abstecher zum Bundestag zu machen. Von dort aus geht es dann zurück zum Brandenburger Tor. Ab rund 16 Uhr wird hier die Abschlusskundgebung stattfinden.

DW: Wer wird dort auftreten?
S.K.: Es sprechen noch Michael Ballweg, Heiko Schöning, Christiane Reymann, Ralf Ludwig, Wolfgang Kochanek und ein Überraschungsgast der Exraklasse.

DW: Huihuihui, wie aufregend.
S.K.: Aus Sicherheitsgründen sollten wir vorher nichts sagen. Die Musiker Jens Fischer Rodrian, die Basis Band Berlin, Karsten Troyke und Björn Banane werden hier auch Musik machen.
C.F.: Und ich werde noch den feierlichen Nachklapp am Mischpult geben.

DW: Kurzer Ausblick: Wie lange werden Sie noch weiter machen?
C.F.: Na, bis wir gewonnen haben.

DW: Wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp

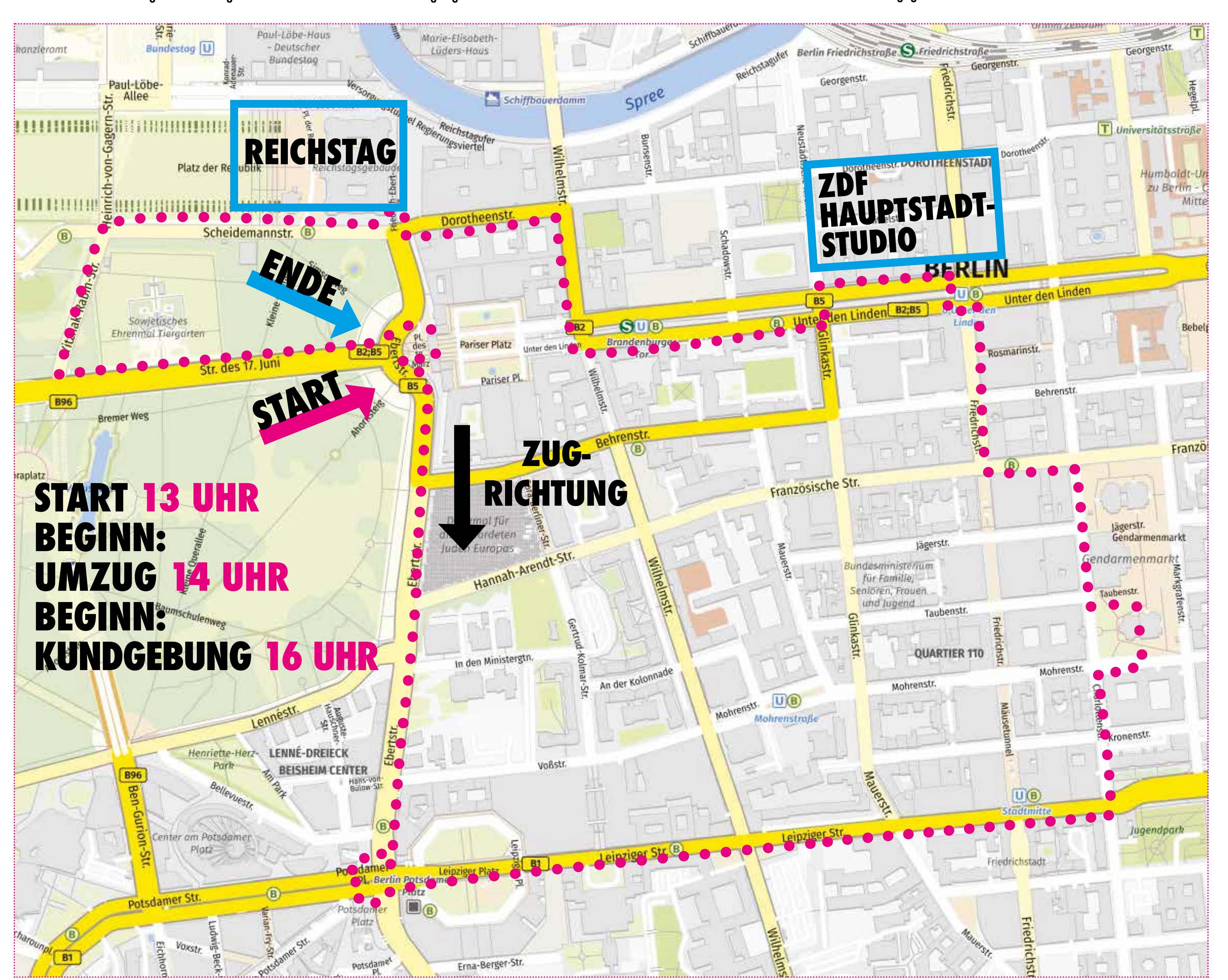
DEMOPLAN 5. AUGUST BERLIN



Seit dem Sommer 2020 gehört der August der deutschen Demokratiebewegung.



Jedes Jahr aufs Neue kommen in Berlin die Menschen gegen alle Widerstände zusammen.





Die Forderung: Ein Ende des Schreckens, Frieden und Selbstbestimmung.



Dafür sind sie bereit einen weiten Weg zu gehen.

Fotos auf dieser Seite: Schiffmann, DW, Georgi Belickin, Youtube.



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

BESTANDS=
AUFNAHME



Die Journalisten und Medienentwickler Kayvan Soufi-Siavash (KenFM, Apolut.net) und Anselm Lenz (DW-Zeitung, S&L Verlag) treffen sich zur Bestandsaufnahme. Ein Ausschnitt aus Bestandsaufnahme #16.

• Comedy: Selenski von EU-Lateinamerika-Gipfel ausgeladen.
• Grande Nation? Frankreich steht auf.
• Was ist was? Die neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020.

K.S.S.: Was haben die Sanktionen denn jetzt tatsächlich gebracht? Ist Russland in die Knie gegangen? Macht Russland keinen guten Schnitt mehr, hat Russland sich nicht erholt? Steht Russland also kurz vor dem Zusammenbruch oder ist es ganz anders? Natürlich ist es so, dass die Russen Schaden genommen haben, sich dann neu aufstellen mussten und jetzt riesige Gewinne machen – und jetzt unabhängig von uns sind. Früher hat man mit Sanktionen etwas erreicht, das ist jetzt alles nur noch peinlich. Das heißt, die, die im Hintergrund die Taktik fahren, können auch das nicht mehr. Ich kann mit dem Blick auf den Westen nicht mehr erkennen, inwiefern das alles nur noch Show ist. Nirgendwo kann ich sagen: »Ja, das hat funktioniert, da haben sie es denen aber gezeigt!« Wo, wo hätten wir es »denen« gezeigt?

A.L.: Ja.

K.S.S.: Wenn ich an ein Land denke, in denen es den Menschen nicht so richtig gut geht, dann ist das Deutschland. Aber in unserer Presse sehe ich nur Propaganda: »Putin, der Schwache, die Wagner-Truppen, Russland kurz vorm Zusammenbruch, das ist das Ende!« Es kommt mir immer so vor, wie vor dem 8. Mai 1945, da kam ja auch die Propaganda: »Gleich haben wirs geschafft!« Aber wir haben es nicht geschafft.Es ist einfach nur albern!

A.L. Die Propaganda ist einfach nur albern und leider auch noch eine große Tragödie mit vielen Toten und einer am Ende vollkommen ruinierten Ukraine. All das ist – das ist meine Hypothese von Beginn an, die ich gerne auch nochmal unterlegen könnte – leider eingeplant. Womit wir beim zweiten Thema wären: Die Nation. Welchen Sinn hat die überhaupt noch angesichts solch machtvoller Organisationen wie der Nato, wie der Uno, wie der WHO, wie der EU? Brauchen wir soetwas wie die Nation überhaupt noch, wenn wir solche tollen Organisationen haben? Man könnte jau auch von unserer Seite einmal argumentieren: Wir sind soch eine Menschheitsfamilie, wir sind doch alle Internationalisten und weltweit alle gleich…

Mehr Bestandsaufnahme auf apolut.net und demokratischerwiderstand.de/presseklub. Ab jetzt neue Folgen mit Rotation: Kayvan Soufi-Siavash, Anselm Lenz und wechselnde Gesprächspartner!

HINWEIS: Am 5. August 2023 findet die neue DW-AKADEMIE mit der ersten JULIAN-ASSANGE-RUNDE mit Jimmy Gerum von Leuchtturm ARD, Kayvan Soufi-Siavash (KenFM/Apolut), Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz in Berlin statt. Die Demonstration beginnt zuvor um 13 Uhr am Brandenburger Tor. Näheres zur DW-Akademie via akademie@demokratischerwiderstand.de

Vilnius – Gipfel der Ratlosigkeit

Zur Lage des Krieges in der Ukraine | Von Rüdiger Rauls

Die Erwartungen an das Treffen der Nato-Staaten am 11. und 12. Juli dieses Jahres waren hoch, die Enttäuschungen groß und die Misstöne deutlich. Dürftig waren die Ergebnisse, denn strategische Neuigkeiten konnte der Gipfel nicht vermelden. Diese kamen aus Russland.





Eine schrecklich nette Nato-Familie – ohne die Ukraine. Die Anzeichen mehren sich, dass das Kriegsbündnis erschöpft und am Ende ist. Foto: Commons.

Das Bild ging durch die hauptsächlich nichtwestlichen Medien und war bezeichnend für die Situation: Selenskyj stand verloren in seinem olivfarbenen Kampfdress, rundum stand die feine Gesellschaft des Westens, herausgeputzt in Abendgarderobe. Den Ausputzer der regelbasierten Ordnung beachtete niemand. Auch auf dem Gruppenbild mit Damen für das Nato-Familienalbum war er nicht zu finden, nicht einmal am Rand.

War das schon ein Abgesang auf seine Rolle, die er und sein Land bisher im Interesse dieses Westens und seiner besseren Gesellschaft gespielt hatten? Tuschelte man vielleicht sogar schon hinter vorgehaltener Hand, wie man das Schmuddelkind durch jemand anderes ersetzen könnte, der eher vorzeigbar war – besonders gegenüber den Russen? Jedenfalls schien Selenskyj nicht willkommen. Wen wundert's, hatte er sich doch aufgedrängt und mehr oder weniger selbst eingeladen.

Er soll für sie die Kohlen aus dem Feuer holen, aber dazugehören darf er nicht. Er ist der Mann fürs Grobe, den man fallen lässt, wenn er nicht mehr gebraucht oder zur Belastung wird. Und Selenskyj wird allmählich zum Problem. Seine Offensive, für die der Westen erhebliche finanzielle und militärische Mittel bereit gestellt hatte, erfüllt bei weitem nicht die in sie gestellten Erwartungen und mit seiner Forderung nach der Wiederherstellung des ukrainischen Territoriums in den Grenzen von 1991 erschwert er Verhandlungen mit Russland.

AUF VERLORENEM POSTEN

Schon vor dem Treffen in Vilnius hatten die USA und andere bedeutende Nato-Staaten deutlich gemacht, dass für sie eine Aufnahme der Ukraine in das Bündnis wegen der daraus entstehenden Beistandverpflichtung derzeit nicht in Frage kommt. Die Amerikaner scheuen die Auseinandersetzung mit Russland wie der Teufel das Weihwasser, wissen sie doch, dass sie diesen immer weniger entgegen zu setzen haben. Für sie steht China ganz oben auf der Tagesordnung. Vermutlich bereut man in Washington inzwischen, in diesen Konflikt mit Russland überhaupt so tief eingestiegen zu sein. Es ist nicht auszuschließen, dass man in westlicher Überheblichkeit der eigenen Propaganda geglaubt und mit einer stärkeren Wirkung der Sanktionen sowie einem schnellen Sieg über Russland gerechnet hatte.

Bei den militärischen Fachleuten in den USA scheint sich nun aber immer mehr die Erkenntnis durchzusetzen, dass die Nato in einem konventionellen Krieg gegen Russland nicht bestehen kann. Und schon gar nicht wollen sich die Amerikaner ein atomares Duell mit den Russen liefern. Insofern wurden Selenskjys Hoffnungen auf eine wirksamere Unterstützung durch die Nato enttäuscht. Keine Nato-Truppen werden ihm zu Hilfe kommen. Man hat zwar weitere Militärhilfen zu gesagt, aber nichts, was die Schwelle zum Atomkrieg überschreiten könnte.

Entweder hatte Selenskyj die Kräfteverhältnisse innerhalb der Nato falsch eingeschätzt oder aber seine Lage ist mittlerweile so verzweifelt, dass sich seine Verbitterung in heftiger Kritik an der Unschlüssigkeit und Schwäche entlud, die er im Verhalten der Nato sah. Doch wurde er bald wieder kleinlaut, als man ihn auf die bisherigen finanzielle und militärische Unterstützung durch den Westen hinwies und ihm damit auch seine Abhängigkeit vor Augen führte. Denn ohne westliche Waffenlieferungen, ist der Krieg in wenigen Tagen beendet.

Diese Unnachgiebigkeit gegenüber Selenskjys Forderungen macht aber auch die Nervosität deutlich, die sich im Westen immer mehr ausbreitet. Der Krieg will nicht enden und verschlingt gewaltige Summen, die Ukraine kommt mit ihrer Gegenoffensive nicht voran, die Waffenarsenale der Nato leeren sich und die westlichen Sanktionen zeigen sich nicht nur immer stumpfer sondern schlagen auch gegen die eigenen Wirtschaften zurück. Außer weiteren Waffenlieferungen ist kein strategischer Lichtblick zu erkennen, der das Blatt wenden könnte. Und Russland will partout nicht zerbrechen oder zumindest kapitulieren.

STRATEGISCHE OFFENSIVE

Nicht zu übersehen ist, dass die Russen nach dem sich andeutenden Scheitern der ukrainischen Offensive den Druck erhöhen. Immer häufiger wird in der russischen Öffentlichkeit der Einsatz von Atomwaffen gegen den Westen gefordert, was die russische Regierung jedoch immer wieder ablehnt. Dennoch scheint sich darin ein Stimmungswechsel in der russischen Öffentlichkeit zu zeigen: Man hat keine Angst mehr vor dem Westen und seiner NATO.

Auch der Forderung nach Vergeltungsschlägen wegen des Anschlags auf die Krimbrükke gibt die russische Regierung nicht nach. Sie lässt sich nicht zu emotionalen Reaktionen hinreißen, was bedeuten würde, dass die ukrainische Führung durch ihre Handlungen Einfluss auf russische Entscheidungen hätte. Russland verfolgt seine eigene Agenda nach den eigenen strategischen Überlegungen und entscheidet danach den Einsatz seiner Mittel.

Offensichtlich kann der Westen Russland weder militärisch noch wirtschaftlich in die Knie zwingen. Im Gegenteil: Russland scheint allmählich Oberwasser zu bekommen, zumindest was die Auswirkungen seiner strategischen Entscheidungen angeht. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Westens dagegen nehmen zu.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

AUS DER BLASE

Vielen Dank für Eure Arbeit und die tolle Zeitung. Mein Mann und ich sind bereits im Mai 2020 aufgewacht, weil uns jemand den Demokratischen Widerstand und Flyer mit Internetlinks zu alternativen Medien in den Briefkasten geworfen hat. Diesem Menschen sind wir bis heute dankbar. Wir hatten zwar schon davor ein ungutes Gefühl mit der ganzen Coronanummer, konnten das aber nicht richtig in Worte fassen. Es ist unglaublich, was unsere Regierung mit uns angestellt hat und wie sie uns immer noch belügen.

Immer wieder fragen wir uns, warum es so wenigen Menschen auffällt, wie komisch das ist: Der Impfzwang kommt nicht durch, der Krieg ist da und ganz, ganz plötzlich ist Corona einfach vorbei. Von einem Tag auf den anderen. Und die Leute tun so, als ob nichts gewesen wäre. Es ist zum verrückt werden. Danke Euch, dass ihr durchhaltet. Das hat uns die Kraft gegeben, den Wahnsinn hier weiter durchzustehen. Wir sind jeden Montag auf der Straße und fordern die Aufklärung, mit juristischen Konsequenzen. Durch die Coronazeit haben wir viele Freunde verloren, aber ganz tolle neue Menschen kennen gelernt. Ich weiß, das sagen viele, aber es ist ja so. Danke, dass es Euch gibt!
– Marion S., Goslar

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

instagram.com/demokratischerwiderstand

facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

youtube.com: Demokratischer Widerstand



Am 1. August 2020 kamen in Berlin 1,3 Millionen Demokraten zusammen. Die Medien lügten die Zahl auf 17.000 Teilnehmer klein. Demo-Organisator Michael Ballweg musste für seinen Erfolg mit 9 Monaten Knast bezahlen. Foto: evafoto

Bis zum umfassenden Sieg!

Der erste Samstag im August erinnert an den großen Moment vom 1. August 2020, als es dem großen deutschen Demokraten Michael Ballweg gelang, über 1,3 Millionen deutsche Demokraten in Berlin und auf der Straße des 17. Juni zu versammeln.

Ballweg steht seither in einer Linie mit den großen Demokraten der deutschen Geschichte, Hecker und Struve, Heine und Alice Schwarzer. Denn Ballweg gelang es mit dieser Großdemonstration zweifelsfrei, zu beweisen, dass es keinen lebensgefährlichen Virus gibt, der bei Umarmungen von Kindern, kirchlicher Beerdigung von Alten, der liebevollen Vereinigung von Frau und Mann überspringt. Der 1. August 2020 war eine »Love Parade« der Wahrheit, der Aufklärung, der Liebe, des Respekts und der Demokratie – und eine historische Leistung deutscher wehrhafter Demokraten.

Ob jedes Wort auf der Bühne Ewigkeitswert hatte, ist völlig gleichgültig. Es galt diesen großen Beweis anzutreten. Dem großen Ballweg und über 1,3 Millionen Demokraten gelang dies. Der erste Samstag im August war eine Sternstunde der deutschen Demokratie und des durchaus vielgestaltigen deutschen Volkes als Souverän im eigenen Land. Uns gelingt überzeitlich Großes und es wird nicht aufzuhalten sein. Wir sind die friedliche Revolution für den Frieden – gern auch den Weltfrieden, aber wir haben die Lektionen gelernt und möchten anderen Völkern nicht mehr aufzwingen, wie sie zu leben haben. Wir wollen jedenfalls keine 100-Milliarden-Kriegskredite und keinen Krieg mit Russland, auch keine Waffenschiebereien an ein auch im eigenen Land sehr umstrittenes Kiewer Regime.

Raus aus der Nato! Wird am 5. August wieder das Zusammengehen der demokratischen Querfront gefeiert werden wie vor einem Jahr auf dem Berliner Gendarmenmarkt? »Ich komme am 5. August 2023 wieder nach Berlin«, sagte der deutsche Demokrat Michael Ballweg im Vorfeld. Aus purer Rache hatte ihn das Terrorregime ab Juni 2022 neun Monate lang in Stuttgart-Stammheim eingekerkert. Ein Skandal, ein Frevel am Recht und an der Menschenwürde, der gesühnt werden wird. Ballweg wurde damit zum Märtyrer, zur bereits zu Lebzeiten unsterblichen *lebenden Legende* des langen Kampfes für Demokratie in deutschen Landen, der in der Tradition der Weißen Rose, der tapferen Konservativen, der wahrhaft Liberalen, der Sozialisten, der Friedensfreunde und der Kommunisten steht. Schließlich begann alles am 28. März 2020 auf dem Rosa-Luxemburg-Platz und entfaltete sich von dort aus bundesweit mit der dezentralen neuen Friedens- und Demokratiebewegung und dem 5-Punkte-Plan.

ARTIKEL 5 DES GRUNDGESETZES

Verfemung, Verbotszonen für Literatur und Presse, Terror, zwölf auf parteipolitische Weisung geschlossene Konten, lügende Richter, Haft, Folter, V-Leute und Einschüchterung: Das Regime tat alles, um die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand (DW)* zu zerstören. Einzig direkten Mord und das Anzünden unserer Druckereien im In- und Ausland beging das Regime noch nicht. An den Verbrechen gegen den *DW*, die Zeitung des Grundgesetzes, waren Politiker und Funktionäre der Parteien CDU/CSU, SPD, Bündnisgrüne, FDP und Partei Die Linke beteiligt. Was meinen Sie, womit traktiert uns das neofaschistische Regenbogenregime als nächstes?

Zunächst trachten die Agenten der Agenda, die vom Global- und Großkapital ernannten *»Leader«*, also Führer, die in Wahrheit so etwas ähnliches wie Marionetten sind, wie etwa deren wechselhafte Aussagen zum »Impf«-Zwang beweisen, in der EU das gesamte Internet zu zensieren. Am 25. August 2023 soll der *»Digital Service Act«* (Digitaldienstgesetz) aus dem Nato-EU-Moloch Brüssel in Kraft treten. Zeit für eine gedruckte Zeitung! Die Redaktion dieser Zeitung möchte höflich daran erinnern, dass sich diese Zeitung ausschließlich von den Lesern finanziert, die dafür ein echtes Qualitätsprodukt bekommen. Milliardäre, Parteiagenten , Rüstungslobby und Sonstiges haben wir nicht im Hintergrund. Das ist der einzige Grund, warum gegen den *DW* eine Terrorkampagne nach der anderen gefahren wird, von außerhalb, wie durch V-Leute und noch Schlimmeres *innerhalb* der insgesamt mindestens 20 Millionen Menschen starken Bewegung –, die damit stärker ist als die eingeschleusten Problemwichtel. Wenn sie denn wachsam vorangeht. Die Demonstration der neuen Friedens- und Demokratiebewegung unter Leitung der unbesiegbaren *Freedom Parade* um den großen Demokratieaktivisten und Künstler Captain Future beginnt am Brandenburger Tor. Am Abend wird die beste Zeitung der Republik, die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand (DW),* die erste der bundesweiten FREE-JULIAN-ASSANGE-Runden der *DW*-Akademie ausrichten – wir, das heißt Hendrik Sodenkamp und ich, Anselm Lenz, begrüßen Jimmy Gerum, den Journalisten, Regisseur und Gründer Medienmahnwachen Leuchtturm ARD und zwei weitere absolut weltberühmte Legenden des Aufklärungsjournalismus. Ziel der *DW*-Akademie ist es, die neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung und alternative Medienmacher und Aufklärungsjournalisten zu verbinden. Denn mit einem *Like* oder mit langen Briefen an die Leser in den Kurzbriefdiensten des Internetzes legt man keinen Meter auf dem Weg unserer Verfassungserneuerung für Deutschland zurück. Der Alternativjournalismus im Internet braucht eine Wiederbelebung, einen echten Vitalisierungsschub, und da sind wir sind wir als *DW*-Macher auch wieder gern behilflich und öffnen allen die Tür, die mit uns in die Zukunft gehen werden. Es leben die bundesweiten FREE-JULIAN-ASSANGE-Runden und die Eröffnung der *DW*-Akademie.

ER IST WIEDER DA
Interview mit Michael Ballweg

DW: Herr Ballweg, Sie kommen am 5. August 2023 zurück nach Berlin. Warum?
Michael Ballweg: Es ist wichtig zu zeigen, dass die Grundrechtebewegung nach über drei Jahren weiterhin überaus aktiv ist und trotz aller Spaltungsversuche nicht kleingekriegt werden kann. Die Themen, die uns bereits im Jahr 2020 auf die Straße brachten, werden immer noch weiter getrieben, nur in einen neuen Gewand. Es ist wichtig, dass wir uns vereinen und uns überlegen, wie wir in Zukunft zusammenleben wollen. Und dafür auch Gegenkonzepte aufbauen.

DW: Was haben Sie seit Ihrer Haftentlassung Anfang April tun können?
M.B.: Ich reise viel durch Deutschland und treffe mich mit Unternehmern und aktiven Menschen, die zusätzlich mehr tun wollen, als auf Demonstrationen zu gehen. Mit denen spreche ich über den Aufbau einer freien digitalen Infrastruktur, denn es kann nicht sein, dass wir von den fünf großen Digitalkonzernen Alphabet, Amazon, Apple, Meta und Micrososft in dieser Form beherrscht werden. Und wir gehen dafür auch schon in konkretere Planung.

DW: Das Freiheitshandy haben Sie bereits der Demokratiebewegung zur Verfügung stellen können. Wie geht es Ihnen denn sonst nach Ihrer Haftentlassung?
M.B.: Durchmischt. Immer noch sind sämtliche meiner Konten gesperrt und ich habe Schwierigkeiten ein neues zu eröffnen. Hinzu kommen sinnlose Vorwürfe vonseiten des Staats. So sollen die eingegangenen Schenkungen Eintrittsgelder für die Demonstrationen gewesen sein.

DW: Absurd!
M.B.: Die Schenkungen soll ich deshalb als Eintrittgelder versteuern, ziemlich teuer. Außerdem steht immer noch in den Sternen, wann meine Verhandlung sein soll, um mich von den gemachten Vorwürfen befreien zu können. Laut meinen Anwälten kann das Jahre dauern. So lange soll ich anscheinend erst mal gar nichts mehr besitzen …

DW: … und glücklich sein.
M.B.: Nun, ich bin sehr dankbar für die große Unterstützung und den Rückhalt, die ich aus der Demokratie- und Grundrechtebewegung erhalte.

DW: Wie geht es weiter?
M.B.: Ich bin dabei, ein Team aufzubauen, eben um mich weiterhin mit meiner vollen Kraft für die Grundrechte- und Freiheitsbewegung einsetzen zu können. Und zwar da, wo ich qua Berufserfahrung am Besten bin: im IT-Bereich. Mit Ehrenamt allein geht das auf Dauer nicht.

Herr Ballweg, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp.



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

SANKTIONEN FÜR DAS REGIERUNGSVIERTEL

Angela Merkel, quasi in der Versenkung versunken; Jens Spahn, nicht weit davon entfernt; Markus Söder, fast schon zu friedlich geworden: Sie fürchten alle die immer schneller näher kommende Aufarbeitung ihrer Corona-Verbrechen.

Vielleicht bekommt ja dann auch das Wort Sanktion mal eine komplett neue Bedeutung. Sanktion lat. sanctio, hatte ganz ursprünglich seinen Ursprung im Verb sancire, was so viel hieß wie »heiligen, weihen, unverletzlich machen«. Deshalb gibt es also auch den Sankt Nikolaus und viele andere. Sankt Angela, Sankt Jens oder Sankt Markus wird es wohl eher nicht geben, denn es fehlen die guten Taten an den Menschen. Heute, im Jahr 2023, bedeutet das Wort Sanktion für unser Land und seine Bewohner eher soviel wie »ins eigene Knie geschossen«. Kommt alles zurück wie ein Bumerang, nur mit mehr Wucht.

Einstweilen bewegt sich Deutschland auf allen Ebenen weiterhin rasant auf der Verliererstraße, es will nur kaum jemand wirklich sehen oder wahrhaben. 99 Prozent zahlen lieber mehr Pflegeversicherung, als dem Hitzetod-Propagandisten endlich die Rote Karte zu zeigen. Nach wie vor eine sehr hohe Inflation und die weltweit höchsten Energiepreise. Wie auch schon bei allen Krisen zuvor, es gibt immer zugleich Verlierer und Gewinner. Wohnen, Tanken, Einkaufen, allein mit diesen drei Grunddisziplinen wird jedem schnell ersichtlich, wer wohin gehört. Alle schauen, schauen zu, Hauptsache der Fußball rollt.

Fachkräftemangel, über 200.000 unbesetzte Ausbildungsstellen, Insolvenzen. Bundesarbeitsminister Heil hat da eine klare Meinung: »Wir sind eine starke Wirtschaft, wir haben ein gutes Ausbildungssystem, wir haben ein sicheres Land.« Als Nachteile für eine potentielle Zuwanderung sieht er das oft nicht so gute Wetter und dass halt die deutsche Sprache weniger verbreitet ist als das Englische. Ja, das sind schon schlagkräftige Argumente, um zum Beispiel junge Inder nach Deutschland zu holen. Aber auch junge Inder wissen, was in Deutschland bei ledig und ohne Kinder netto nach brutto übrigbleibt. Wäre es nicht so traurig, könnte man heulen. Echte Steuerreform, traut sich keiner ran. Pflegereform, in Sand gesetzt. Politik für die Menschen, weit gefehlt. Arbeitsmoral, kümmert sich niemand drum, sitzen doch mit die besten Vorbilder vorne dran in Berlin. Nix gelernt, nix geschafft, ab geht's in den Bundestag. Selber schuld, jene, die sie gewählt.

Es braucht wirklich einen großen Reset, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.



Selbstversorgung und De-Industrialisierung sind ein niederdrückendes volkswirtschaftliches Konzept. Gemälde: Mann mit Hacke von Jean-François Millet, Öl auf Leinwand, 1860-62, Getty-Museum, Los Angeles.

GRÜNE IDEOLOGISIERUNG DER ÖKONOMIE

Über Realitätsverweigerung, Größenwahn und Rezession | Von Uli Gellermann

Der englische Sprachraum kennt die Floskel *»German Angst«*. Ausgerechnet Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) verwendet diesen Ausdruck jetzt, nachdem der Internationale Währungsfonds (IWF) eine Prognose zur wirtschaftlichen Entwicklung von Deutschland abgesenkt hat.

Habeck meint, man müsse keine Angst haben: »Die Daten sind natürlich nicht gut«, sagte Habeck am 26. Juli 2023 in den *ARD-Tagesthemen*. Sie seien aber kein Grund für »German Angst« und erklärbar.

Vom Wirtschaftskrieg zum heißen Krieg: Die Habeck-Erklärung muss vernünftigen Menschen Angst machen: Er nannte als Grund für die deutsche Wirtschaftskrise vor allem die »Abhängigkeit« von russischem Gas, das jetzt ersetzt und zu höheren Preisen auf dem Weltmarkt eingekauft werden müsse. »Das haben andere Regionen so gar nicht gehabt, schon gar nicht die USA, aber auch Großbritannien oder Spanien.« Neben der verschwiemelten Sprach-Akrobatik im Baerbock-Stil ist es der brutale Versuch Habecks, die Bürger zu belügen, der Angst machen kann. Denn Habeck verschweigt den Wirtschaftskrieg gegen Russland, die Hauptursache für den Niedergang der Deutschen Wirtschaft. Ein Krieg, den eine verantwortungslose Koalition losgetreten hat und der mit jedem weiteren Schritt zu einem echten, heißen Krieg führen kann.

LÜGEN-WORT »ABHÄNGIGKEIT«

Im Betrugs-Versuch nimmt das Lügen-Wort »Abhängigkeit« einen zentralen Platz ein. Das diffamierende Wort klingt nach Drogen-Abhängigkeit. Meint aber in Wahrheit nichts anderes als Handel: Deutschland kauft russische Rohstoffe und Russland kauft deutsche Industriegüter aller Art. Wer fragt, ob die Russen jetzt »abhängig« von deutschen Werkzeugmaschinen oder deutschen Autos sind, der ist auf dem richtigen Weg zur Entlarvung des grünen Moralgeschwätzes.

GEWINNER DES WIRTSCHAFTSKRIEGS GEGEN RUSSLAND

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Russwurm, sieht Deutschlands Geschäftsmodell unter »enormen Stress« und hält die »Gefahr einer industriellen Abwanderung« für »real«. Es gehe darum, »das Überleben der Industrie in Deutschland und Europa zu sichern«. Nicht wenige Industrielle wandern in die USA ab. Die Vereinigten Staaten sind die Gewinner des deutschen Wirtschaftskriegs gegen Russland.

NATO REGIERT DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Es gibt eine weitere Gewinner-Nation: Heute ist jedes dritte in Russland verkaufte Auto chinesisch. Im Jahr 2021 waren es nicht einmal 7 Prozent. – Energie ist inzwischen so teuer, dass ganze Branchen auf einmal Schwierigkeiten bekommen. BASF hat einen Teil seiner Ammoniakproduktion in Ludwigshafen stillgelegt; die damit verbundene Düngerherstellung und noch einige weitere Anlagen. Der Rohstoff für die Ammoniakproduktion war russisches Gas. Andere Unternehmen legen Papierfabriken und Aluminium-Produktionen still, weil die Energiekosten in Deutschland zu hoch sind. Und sie sind zu hoch, weil die NATO nicht will, dass die Deutschen preiswertes russisches Gas kaufen.

NAZI-AUTARKIE

Was die grün dominierte Koalition will, ist Autarkie: die nationale Selbstversorgung mit Gütern und Dienstleistungen. Autarkie war die Grundlage des Nazi-Wirtschaftsprogramms. Die Nazis sind damit auf die Schnauze gefallen. Und die Habeckisten, wenn man ihnen nicht in den Arm fällt, werden diesem tiefen Fall folgen. Wie sich die historischen Fälle gleichen: Auch die Nazi-Ideologie war von der Russen-Angst geprägt.

SELBSTMORD AUF RATEN

Es gibt eine Sorte Angst, die dazu dient, Bürger gefügig zu machen; eine Angst, die zur Formierung und Anpassung führt. Aber es gibt auch eine produktive Angst, die zu Widerstand führen kann: Die Angst vor grüner Ideologie, grüner Kriegsbeteiligung und dem wirtschaftlichen Selbstmord, in den der Wirtschaftskrieg gegen Russland führt. Wer Habeck und Konsorten folgt, der arbeitet am *German Suicide,* dem Selbstmord auf Raten durch die Ideologisierung der Ökonomie.



Uli Gellermann, geboren 1945, ist Journalist und Filmemacher. Er betreibt die Aufklärungsseite *rationalgalerie.de* und das Videoformat *Die Macht um Acht.*

Dieser Text erschien zuerst auf dem unabhängigen Analyse-Blog rationalgalerie.de. *Wir danken für die Möglichkeit des Abdrucks.*

MILITÄRPUTSCH IN NIGER

Der Nato-Westen verliert einen Verbündeten.
Von Felix Feistel

Im Westafrikanischen Staat Niger erklärte das Militär am 26. Juli 2023 bei einem öffentlichen Auftritt im Fernsehen die Machtübernahme. Angeführt wurde der Putsch von Oberst Amadou Abdramane. Dieser verkündete, dass Präsident Mohamed Bazoum von der Macht entfernt und die Institutionen des Staates aufgelöst seien. Zudem wurden die Grenzen geschlossen und eine nächtliche Ausgangssperre verhängt. Die Armee warnte vor einer ausländischen Intervention. Bazoum wurde in seinem Präsidentensitz in der Hauptstadt Nimaey festgesetzt.



Ibrahim Traoré, Staatschef von Burkina Faso, warnt am 31. August 2023 Nato und Ecowas-Staaten vor einem militärischen Eingreifen im Niger. Er selbst gilt vielen als Hoffnungsträger gegen Neokolonialismus in der Region. Foto: Twitter/DW

Am Mittwoch und Donnerstag, 26. und 27. Juli 2023 versammelten sich Demonstranten in der Hauptstadt, um ihre Unterstützung für den Putsch Ausdruck zu verleihen. Einige von ihnen plünderten das Hauptquartier der regierenden Partei für Demokratie und Sozialismus von Präsident Mohamed Bazoum und steckten es in Brand. Bei den Protesten wurden auch russische Fahnen geschwenkt. Die Demonstranten sprachen von einer »Befreiung des Volkes« und erklärten: »Seit 13 Jahren tut das Regime was es will.« Die Proteste richteten sich auch gegen den französischen Einfluss im Land. Denn trotz seiner Unabhängigkeit nach dem offiziellen Ende der Kolonialzeit 1960 wird das Land weiterhin von Frankreich als Teil seines Interessensgebietes betrachtet. Grund dafür sind die reichen Vorkommen an Uran, über die das Land verfügt. Dieses wurden zu Spottpreisen an Frankreich verkauft, wodurch die Bevölkerung des Landes trotz des Rohstoffreichtums zu großen Teilen in Armut lebt. Die Putschregierung hat angekündigt, den Export von Uran nach Frankreich und Europa zu stoppen.

WIE VIEL KRAFT HAT DIE NATO?

Die Vereinten Nationen, die EU, die USA sowie die westafrikanische Staatengemeinschaft ECOWAS forderten eine umgehende Freilassung und Wiedereinsetzung Bazoums, der im Februar 2021 gewählt worden war sowie die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung. Die EU, insbesondere Frankreich und die USA haben Unterstützung für eine mögliche Intervention der ECOWAS signalisiert. Außenministerin Annalena Baerbock erklärte am 27. Juli 2023, Bazoum habe sich »als verlässlicher Partner« erwiesen weshalb man ihn »nach Kräften« unterstütze.

Der Westen verliert seit dem Krieg in der Ukraine an Einfluss in Afrika. So müssen sich französische und deutsche Soldaten Ende des Jahres bereits aus dem nigrischen Nachbarland Mali zurückziehen, da es zu anhaltenden Konflikten mit der dortigen Militärregierung gekommen war. Ursprünglich sollten sie dabei nach Niger verlegt werden. Auch in Burkina Faso, ebenfalls einer ehemaligen Kolonie Frankreichs, kam es im vergangenen Jahr zu einem Regierungsumsturz, der eine klare, pro-russische Ausrichtung hatte.

Seit seiner Unabhängigkeit 1960 gibt es in Niger immer wieder Putsche. Bazoum war ein vom Westen unterstützter Präsident, der sich beispielsweise geweigert hatte, eine Delegation zum Russland-Afrika Gipfel zu entsenden, der dieser Tage parallel zum Umsturz in St. Petersburg stattfand.

MELDUNG

KÜNDIGUNG PER SMS

Rom/DW. Die italienische Regierung hat 169.000 Haushalte darüber informiert, dass ihr Bürgergeld künftig abgeschafft werde. Betroffene wurden nur wenige Tage vor Monatsende per SMS darüber informiert, dass ab dem 1. August 2023 keine weiteren Bürgergeld-Zahlungen kommen werden. Am 1. Mai hatte die Regierung um Ministerpräsidentin Giorgia Meloni angekündigt, das Bürgergeld für viele Empfänger zu streichen. Die Textnachricht der Sozialbehörde führte im ganzen Land zu Protesten. Vor allem in Neapel, der italienischen Stadt mit den meisten Sozialhilfeempfängern, kam es zu Tumulten. Meloni unterstützt weiters den Nato-Ukraine-Kurs der USA und hatte bereits vor der Wahl angekündigt, keine soziale Politik machen zu wollen. (hes)

VERLAGERUNG DER KAMPFZONE?

London/DW. In Großbritannien werden mehr als 2.000 ukrainische Soldaten für eine Spezialoperation mit Bezug zur Krim ausgebildet. Das berichtete die Zeitung Sunday Express am Sonntag, den 30. Juli 2023. Demnach absolvieren die Soldaten eine Spezialausbildung im Ausbildungszentrum in Oakhampton in Cornwall. Den Soldaten soll dabei eine Schlüsselrolle bei einem geplanten Angriff auf die Krim zukommen. Außerdem beabsichtige Kiew, von Großbritannien, Deutschland und den USA gelieferte Langstreckenraketen gegen die Krim einzusetzen, so die Zeitung. Bislang hat Großbritannien fast 20.000 ukrainische Soldaten ausgebildet. Die sogenannte Offensive der Ukraine war im Osten des Landes zunehmend ins Stocken geraden. (hes)

Aufstände in Israel

Am 24. Juli 2023 verabschiedete das israelische Parlament Teile der umstrittenen Justizreform. | Von Felix Feistel

Schon seit Monaten wird Israel immer wieder von Protesten erschüttert. Grund ist eine Justizreform, die von der rechtskonservativen Regierung unter Benjamin Netanjahu erarbeitet wurde.

Die Justizreform sieht vor, die Kompetenzen des obersten Gerichtshofes zu beschneiden, sodass dieser unter anderem Regierungsentscheidungen nicht mehr als »unangemessen« ablehnen kann. Die Opposition sieht darin das Ende der Gewaltenteilung und befürchtet, dass es zu willkürlichen Entlassungen von Regierungsgegnern und Oppositionellen in wichtigen Positionen kommen werde. Am Montag den 24. Juli 2023 wurde dieses erste Gesetz als Teil der Justizreform nun verabschiedet. Nach tagelangen Debatten stimmten 64 der 120 Abgeordneten des israelischen Parlaments, der Knesset, für die Änderung. Der Abstimmungsprozess wurde erneut von einer großen Welle des Protestes begleitet. Zehntausende Israelis waren zuvor in einem langen Marsch in die Nähe der Knesset gezogen, um ihren Unmut kundzutun. Dabei wurden Protestcamps im Parlaments-nahen Sacher-Park eingerichtet. Bei einem Versuch, näher an die Knesset zu gelangen, setzte die Polizei Wasserwerfer ein.

HARTE BANDAGEN

Auch der israelische Verteidigungsminister, Joav Galant, hatte sich bereits Anfang des Jahres gegen die Reform ausgesprochen. Daraufhin war er entlassen worden, was eine Welle des Protestes nach sich zog, woraufhin die Entlassung rückgängig gemacht wurde. Doch es gab auch Demonstrationen von Unterstützern der Justizreform. Tausende von ihnen versammelten sich am Sonntag, den 23. Juli 2023 in Tel Aviv. Es kam teilweise zu Auseinandersetzungen zwischen beiden Seiten.

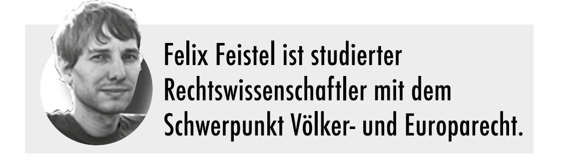
Die Proteste gegen die Reform gingen nach der Verabschiedung am 24. Juli 2023 unvermindert weiter. Es kam zu teilweise gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Protestierenden und der Polizei, in deren Folge dutzende Menschen festgenommen wurden. Die Demonstranten blockierten zudem mehrere Straßen und Autobahnen. So wurde im Verlauf der Proteste von bis zu 15.000 Demonstranten die Ayalon-Autobahn nahe Tel Aviv über mehrere Stunden blockiert, wobei sie auch brennende Barrikaden errichteten. In der Stadt Kfar Saba, etwa 16 Kilometer nordöstlich von Tel Aviv wurden drei Menschen verletzt, als ein Autofahrer in der Nacht vom 24. auf den 25. Juli 2023 in die Menge der Protestierenden fuhr. Dieser, ein junger Mann, den die israelische Journalistin Noga Tarnopolsky später als »Westjordanland-Siedler« beschrieb, wurde verhaftet. Außerdem wurde ein Polizeibeamter verhaftet, nachdem er bei einem Handgemenge mit Demonstranten in der Nähe des Kibbuz Hatzer am 24. Juli 2023 im Süden Israels mit einer Handfeuerwaffe in die Luft geschossen hatte.

STRASSE, SPITZENPOLITIKER UND GEHEIMDIENST

Nach der Verabschiedung des Gesetzes wandte sich Ministerpräsident Benjamin Netanjahu an die Opposition und erklärte sich zu Gesprächen über die Reform bereit. Er versprach, dass »keine Seite« das Gericht übernehmen werde. Oppositionsführer Jair Lapid warf Netanjahu hingegen »Lügen« und »leeres Theater« vor. Er erklärte in einer Videobotschaft, dass die »extremistische und messianische Regierung nicht am Nachmittag unsere Demokratie zerreißen und am Abend sagen kann, sie er einen Dialog vorschlägt«.

Israel wird schon seit Anfang des Jahres von Unruhen heimgesucht. Seit Beginn der Verhandlungen um die Justizreform haben nicht nur immer wieder tausende Menschen gegen die neue Regierung demonstriert. Den Protesten haben sich auch Mitglieder der Geheimdienste und Teile des Militärs angeschlossen. So haben unter Anderem tausende Reservisten erklärt, aus Protest gegen die Regierung nicht mehr zum Dienst erscheinen zu wollen. Die Lage ist so angespannt, dass der ehemalige Chef des israelischen Geheimdienstes Schin Bet, Nadav Argaman, davor warnte, dass Israel sich am Rande eines Bürgerkrieges befinde. Argaman seinerseits unterstützt die Proteste und erklärte, dass die Reservisten ihre »Pflichten« nicht mehr ausüben dürften, da die Gesetzgebung einen »Regimewechsel« herbeiführe.

Der ehemalige Premierminister Ehud Olmert sieht nach der Verabschiedung des Gesetzes ebenfalls die Gefahr eines Bürgerkrieges. Starke Kritik der Reformen kommen auch aus Deutschland. So sehen deutsche Medien die Demokratie in Israel gefährdet. Dabei sind viele der mit der Reform eingeführten Änderungen des Justizsystems in Deutschland bereits Gang und Gäbe, so zum Beispiel die Unterordnung der Justiz unter die Politik.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

Recht u
Gerech

Von Berlin-Lichtenberg nach Recklinghausen

Von Thomas Willi Völzke

Sagen Ihnen die Namen Ida Jauch, Emma Harndt und Maria Schönebeck etwas? Wenn ja, dann ist es wohl dem Umstand geschuldet, dass Sie einmal das Buch »*Zwei Leben in Deutschland*« von Hans Rosenthal gelesen haben oder einmal an der Gedenktafel in Berlin-Lichtenberg, Ortsteil Fennpfuhl, für den legendären Radio- und Fernsehmoderator und den drei genannten Frauen im Berlin-Lichtenberg gewesen sind.

Zumindest die Älteren unter uns dürften sich sehr wohl an Hans Rosenthal erinnern. Wie ist jetzt die Verbindung herzustellen zu ihm, den drei Frauen, Berlin-Lichtenberg und der Stadt Recklinghausen? Nun, das ist die Stadt, in der bis vor nicht allzu langer Zeit der Arzt Dr. Heinrich Habig praktizierte. Und der wurde kürzlich in Bochum zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt. Aber nun der Reihe nach …

DER MUT VON DREI FRAUEN

Hans Rosenthal, Jude, geboren 1925, und sein jüngerer Bruder Gert hatten schon recht früh den Tod der Eltern zu beklagen. Beide kamen in ein Waisenhaus. Hans Rosenthal musste ab 1940 für die Nationalsozialisten Zwangsarbeit leisten. Gert wurde deportiert und hat die Zeit des Nationalsozialismus nicht überlebt.

Auch Hans drohte der Abtransport mit einem Zug in ein Konzentrationslager verbunden mit dem sicheren Tod. In seiner Not suchte er seine noch lebenden Großeltern auf. Rosenthal schrieb in seinem Buch unter anderem: »Hansi, sagte meine Großmutter, bei uns kannst du nicht bleiben. Wenn Großvater nicht jüdisch wäre, aber so … die Gestapo kann heute oder morgen hier sein. Viele jüdische Menschen schlafen schon nachts nicht mehr zu Hause (…). Sie holen einen nach dem anderen ab. Du musst weg, Hansi.« Die Großmutter empfahl dem Jungen, die Schneiderin Frau Jauch zu fragen, ob sie ihn aufnehmen könne, denn schließlich habe sie ein gutes Herz, sei fromm und hasste die Nazis.

Am 27. März 1943 stand Hans Rosenthal vor der Tür von Ida Jauch in der Schrebergartenkolonie Dreieinigkeit in Lichtenberg. »Ich muß mich verstecken, Frau Jauch. Gert ist schon abtransportiert. Wir haben nie wieder etwas von ihm gehört. Ich wollte fragen, ob Sie mich vielleicht aufnehmen und verstecken könnten.« Ihre Antwort: »Du kannst bei mir bleiben, Hansi.« Sie quartierte ihn in einem Hinterzimmer ihrer Laube ein. Das Zimmer, lediglich vier Quadratmeter groß, hatte eine Tapetentür, die von außen als solche nicht zu erkennen war. Der Verschlag hatte ein Fenster in der Größe eines Taschentuchs. Im Zimmer befanden sich eine Matratze, ein Stuhl, ein Tisch und ein Nachtgeschirr. Obwohl die knappen Lebensmittelzuteilungen für einen Menschen kaum ausreichten, teilte Frau Jauch diese mit dem Jungen. Hätten andere in der Kolonie erfahren, dass Frau Jauch heimlich einen Juden versteckte, hätte das auch für sie tödliche Folgen haben können.Sie zog lediglich einen Menschen in ihr Vertrauen bezüglich des Verstecks für Hans, und das war Emma Harndt. Ihr Mann war Kommunist und bereits 1935 in ein Konzentrationslager verschleppt worden. Er wurde später entlassen und war dann gut genug, um als Soldat an der Front für Deutschland zu kämpfen. Frau Harndt konnte Frau Jauch und Hans in einigen Dingen Unterstützung gewähren.

Nach einem Jahr erkrankte Frau Jauch völlig überraschend schwer und starb. Frau Harndt konnte Hans nicht aufnehmen, weil sie selber unter Beobachtung stand. In seiner Verzweiflung fiel Hans ein, dass eine Nachbarin in der Schrebergartenanlage auch Gegnerin der Nazis war. In der Dunkelheit verließ er sein Versteck, suchte Frau Maria Schönebeck auf und fragte, ob er bei ihr bleiben könne. »Gut, Sie bleiben bei mir. Sie brauchen sich nicht zu stellen. Ich werde Sie aufnehmen.« In ihrer Laube kam der inzwischen 18-Jährige ein weiteres Jahr unter.

Jede der drei Frauen hat auf ihre eigene besondere Weise das Überleben jungen Hans Rosenthal ermöglicht. Ida Jauch und Maria Schönebeck hatten aufgrund ihres Gastes nicht nur noch mehr Hunger gelitten, sondern sich auch der Gefahr ausgesetzt, selbst in Haft zu kommen oder ins Konzentrationslager abtransportiert zu werden.

Am 25. April 1945 wurde Berlin-Lichtenberg von der Roten Armee eingenommen. Für Hans Rosenthal bedeutete dieser Tag die Befreiung.

In seinem 1982 erschienen Erinnerungen schrieb Rosenthal: »Wenn ich heute auf mein Leben zurückblicke, so waren es diese drei Frauen aus der Kolonie Dreieinigkeit - Frau Jauch, Frau Schönebeck und Frau Harndt - deren Hilfe es mir bis heute möglich gemacht hat, nach dieser für uns jüdische Menschen so furchtbaren Zeit unbefangen in Deutschland zu leben, mich als Deutscher zu fühlen, ohne Hass ein Bürger dieses Landes zu sein. Denn diese Frauen hatten ihr Leben für mich gewagt. Ich war nicht mit ihnen verwandt. Sie hatten mich gar nicht oder nur flüchtig gekannt. Ich hätte ihnen gleichgültig sein können. Aber sie waren gute und gerechte Menschen.«

CORONA, GEWISSEN, STRAFPROZESS

Es sind genau diese Geschichten von Menschen, die uns Orientierung geben können, weil sie sich dem Zeitgeist nicht gebeugt haben. Zu Recht werden für derartig couragierte Personen Gedenktafeln errichtet, Straßen, Plätze und Schulen nach ihnen benannt, finden sie ihre Erwähnung in Berichten, Büchern, Dokumentationen usw. Wir sind nicht nur aufgefordert, ihrer zu gedenken, sondern auch die aktuellen Entwicklungen stets in ihrem Sinne aufmerksam und wachsam zu beobachten. Freiheit und kritisches Beobachten nutzen sich ab, wenn sie nicht intensiv gebraucht werden.

Im Juni 2023 wurde der Arzt Dr. Heinrich Habig, der seine Hausarztpraxis in Recklinghausen hat, vom Landgericht Bochum zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt. Grund hierfür: Der Arzt soll während der Coronakrise rund 600 »falsche Gesundheitszeugnisse« ausgestellt haben. Trotz ausgegebener Impfbescheinigungen wurden Patienten von ihm nicht injiziert. Zu den Begünstigten gehörten unter anderem Pflegefachkräfte, die ihrer Arbeit nur mit einer Impfbescheinigung nachgehen konnten.

Eine Ärztin hatte, so die Berichterstattung, von dem Wirken ihres Standeskollegen erfahren und den Fall zur Anzeige gebracht. Daraufhin durchsuchte die Polizei sowohl die Praxis als auch die Wohnung des Arztes und seiner Ehefrau, beschlagnahmte Patientenakten, Impfstoffe und Computer. Die Arztpraxis blieb anschließend geschlossen.

Im Urteil sagte Richterin Breywisch-Lepping, dass es keine Gründe gäbe, das Verhalten von Dr. Habig zu entschuldigen. Sie warf ihm stattdessen, so die mir vorliegende Information, eine »rechtsfeindliche Gesinnung« vor. Ein rechtfertigender Notstand, mit der Rechtsanwalt Schmitz die Handlungen von Dr. Habig begründete, sei grundsätzlich gegen Gesetze unzulässig. Und dass die Patienten mit den falschen Impfpässen eine faktische Impfpflicht umgehen wollten, ließ Richterin Breywisch-Lepping nicht gelten. Die Patienten und der Arzt hätten ihrerseits den Rechtsweg beschreiten und gegen die staatlichen Maßnahmen klagen können

Das Grundgesetz differenziert in Artikel 20 zwischen Gesetz und Recht, an die die drei Teilgewalten gebunden sind. Jeder angehende Jurist bekommt das gleich am Anfang seines Studiums, verbunden unter anderem mit den Thesen von Gustav Radbruch, vermittelt. Dieser formulierte 1946 in einem Aufsatz über »Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht« unter anderem, dass das positive Recht sich an der Gerechtigkeit messen lassen muss. Grundsätzlich hat das positive Recht Anspruch auf Befolgung, widerspricht es der Gerechtigkeit in unerträglicher Weise, wird es jedoch durchbrochen. Ist Gerechtigkeit bei der Rechtssetzung generell nicht beachtet worden, haben es die geschriebenen Worte niemals geschafft, überhaupt den Status von Recht zu erhalten. An die Stelle gesetzlichen Unrechts habe in diesem Fall übergesetzliches Recht zu treten. Ob die Thesen von Radbruch im Prozess gegen Dr. Habig hätten angewandt werden können, ist juristisch gewiss strittig. Es wäre zumindest, so meine Ansicht, notwendig gewesen, in diesem Fall darüber zu diskutieren, um so zu einer angemessen Rechtsfindung zu gelangen.

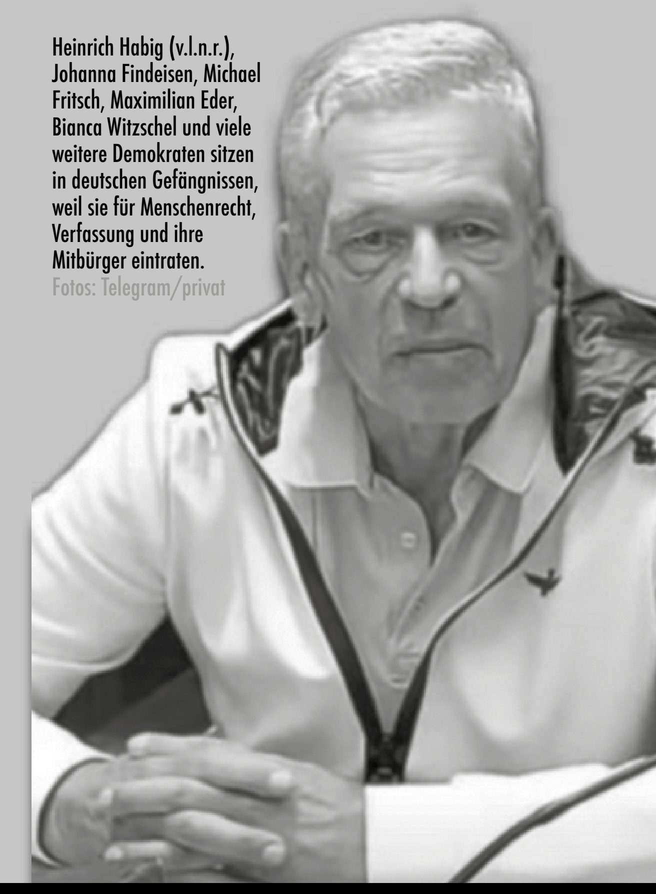


Am 1. August 2022 forderte das anwesende deutsche Volk Frieden, Freiheit und Sel

ECHTE SOLIDARITÄT!

So können Sie die politischen Gefangenen jetzt unterstützen:

Schreiben Sie Briefe
Briefmarke(n) für Antwort beilegen
Senden Sie ein Buch über die zugelassenen Buchhandlungen
- die Infos dazu finden Sie auf der Webseite der jeweiligen JVA
Organisieren Sie eine Demo vor der jeweiligen JVA



Heinrich Habig (v.l.n.r.), Johanna Findeisen, Michael Fritsch, Maximilian Eder, Bianca Witzschel und viele weitere Demokraten sitzen in deutschen Gefängnissen, weil sie für Menschenrecht, Verfassung und ihre Mitbürger eintraten.
Fotos: Telegram/privat

und
ntigkeit



bstbestimmung für uns alle. Foto: DW/Georgi Belickin

Insbesondere eine Schilderung des Arztes war menschlich so bewegend, dass sie zum Ungehorsam regelrecht auffordert: »Eine sehr junge Mutter kam plötzlich unangemeldet in meine Praxis, weinte und konnte kaum sprechen, so aufgeregt war sie. Nachdem sie sich gefasst hatte, erzählte sie mir, dass sie vor 48 Stunden im Krankenhaus ihr Baby gesund zur Welt gebracht hatte und heute nur für eine Stunde in ihrer Wohnung war, um etwas für das Baby zu holen. Jetzt darf ich nicht mehr zurück ins Krankenhaus zu meinem Baby, weil ich nicht geimpft bin, schluchzte sie.«

Genau in einer solchen Situation ist Herzensbildung gefragt, an der sich im Rahmen der eigenen Möglichkeiten das Handeln auszurichten hat. Und jetzt sind wir an dem Punkt der Frage, wie wohl Frau Jauch, Frau Harndt und Frau Schönebeck an Stelle des Arztes Dr. Habig gehandelt hätten. Und weitergehend: Hätten Sie wie die Ärztin, wenn sie von dem vermeintlich gesetzlich verbotenen Handeln ihres Kollegen aus Recklinghausen erfahren, diesen auch bei der Polizei oder Staatsanwaltschaft sowie gegebenenfalls bei der Ärztekammer angezeigt? Und hätten diese drei Frauen, lebten sie heute und wären Staatsanwältinnen und Richterinnen, auch so konsequent gegen Dr. Habig ermittelt und dann das entsprechende Plädoyer für eine Verurteilung gehalten beziehungsweise ihn verurteilt?

Zum Gesetzesgehorsam gehört stets der Zweifel, verbunden mit der Betrachtung eines übergeordneten Konstrukts. Dieses beinhaltet einen Blick auf den individuellen Menschen verknüpft mit der Ergründung der Motive für sein Handeln. Die bloße Durchsetzung von Gesetzen und Verordnungen um ihrer selbst willen verbietet sich aus Aspekten des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit. Und dieser hat bekanntermaßen Verfassungsrang.

Dr. Heinrich Habig formulierte es für seinen Fall so: »Der Arzt hat sein Handeln am Wohl des Patienten auszurichten; insbesondere darf er nicht das Interesse Dritter über das Wohl der Patienten stellen. Wenn man mich deshalb kriminalisiert, weil ich Menschen geholfen habe, dann ist das eben der Preis, den man für die Verteidigung der Menschlichkeit bezahlen muss.«

Im Hauptmann von Köpenick sagt der Schuster Wilhelm Voigt, dass erst der Mensch und danach die Menschenordnung kommt. Oder um ergänzend George Washington zu zitieren: »Bemühe dich, in deiner Brust den kleinen Funken himmlischen Feuers, das Gewissen, nicht verlöschen zu lassen.« Vielleicht wird in fernen Tagen einmal nach Dr. Heinrich Habig eine Straße benannt und eine Gedenktafel für ihn errichtet. Heute erhoffe ich zumindest für diesen Arzt staatliche Gerechtigkeit.



Thomas Willi Völzke, geboren 1960, ist Berliner Polizeihauptkommissar im Ruhestand. Von 1978 bis 2021 stand er im Dienst der Polizei u. a. als Lehrer in der Landespolizeischule Berlin. Seit 2021 ist er Mitglied des Vereins Polizisten für Aufklärung, echte-polizisten.de.

Dr. Heinrich Habig (1. v. li.)
Justizvollzugsanstalt Bochum
Krümmede 3
44791 Bochum

Johanna Findeisesn-Juskoswiak (2. v. li.)
Justivollzugsanstalt
Schw.-Gmünd
Herlikoferstr. 19
73527 Schwäbisch Gmünd

Michael Fritsch (3. v. li.)
Justizvollzugsanstalt
Sehnde
Schnedebruch 8
31319 Sehnde

Maximilian Eder (4. v. li.)
Justizvollzugsanstalt
München-Stadelheim
Stadelheimer Str. 12
81549 München

Dr. Bianca Witzschel (5. v. li.)
Justizvollzugsanstalt
Chemnitz
Thalheimer Straße 29
09125 Chemnitz

Und weitere:
Sebastian Koenen
Justizvollzugsanstalt Kleve
Krohnstr. 11
47533 Kleve

Sabine Wohlgemuth
Justizvollzugsanstalt
Berlin-Lichtenberg
Allfredstr. 11
10365 Berlin

Wolfram Sieber
Justizvollzugsanstalt Karlsruhe
Riefstahlstrasse 9
76133 Karlsruhe

Rüdiger von Pescatore
Justizvollzugsanstalt
Stammheim
Asperger Str. 60
70439 Stgt.-stammheim

Dr. Dorothea Thul
Justizvollzugsanstalt
Koblenz
Simmerener Str. 14a
65075 Koblenz

Andreas Meyer
Justizvollzugsanstalt Stammheim
Asperger Str. 60
70439 Stgt.- Stammheim

Marco van Heukelum
Justizvollzugsanstalt
Mannheim
Herzogenriethstr. 111
68169 Mannheim

Quelle: querdenken-711.de/jva/politische-gefangene/
– Wer von weiteren politischen Gefangenen aus der Demokratiebewegung weiß, die Unterstützung gebrauchen können, kann diese auf der Seite bekanntgeben.





Das Letzte – von Anselm Lenz

SEHR GEEHRTE FRAUEN, NICHT MINDER GESCHÄTZTE MÄNNER, LIEBE KINDER!

Die DW-Akademie wird vom Ressort endlich zur Entität in der Welt. Am Erscheinungstag dieser Zeitung findet die erste FREE-JULIAN-ASSANGE-Runde der DW-Akademie in Berlin statt. Dabei sind der Journalist, Regisseur und Medienmahnwachenmacher Jimmy Gerum vom »Leuchtturm ARD« (Seite 6), Kayvan Soufi-Siavash (Seite 8) – und Oliver Stone!

Das kam so: Hendrik Sodenkamp und ich saßen im Hohen Fläming und stocherten mit unseren Wanderstöken im Sand vor uns: »Wie kommt es, dass sich weite Teile des gefühlten Widerstandes im Internet abspielen? Manche Leute glauben, die Wahrheit müsste nur zum Beispiel von Ex-Bild-Chefredakteur Julian Reichelt gesagt werden, dann würde sich einem Wunder gleich etwas ändern.«

DIE BUNDESWEITEN FREE-JULIAN-ASSANGE-RUNDEN!

Da wir die Antwort auf diesen fast religiösen Glaube an mediale Hegemonie kennen, ja, die Antwort bereits vor so mancher Frage zu kennen gewissermaßen die Bundeslade dieser Zeitung ist, beschlossen wir, die lang geplante DW-Akademie nicht zu einem Ort von Vorträgen von Texten aus dieser Zeitung vor unseren Studenten zu machen.

Nein, das Ressort DW-Akademie bleibt! Die DW-Akademie aber wird den echten Widerstand mit neuen Alternativmedienmachern verknüpfen. Letztere haben damit die Chance, die Zone des Spektakels erstmals im Leben zu verlassen und in den realen Widerstand einzutreten.



Schwarz, Rot und Gold: Echte Antifaschisten (w/m) verteidigen den Nationalstaat als einzigen erreichbaren »Hebel« und Garanten gegen neofaschistische Oligarchenträume und Konzernarmeen. *Grafik: DW/Lenz/Behrend*

WIR SEHEN UNS AUF DER STRASSE!

Eine mediale Vormachtstellung erzeugt selbstverständlich keine Machtverhältnisse, sondern die Machtverhältnisse erzeugen die mediale Hegemonie. Die mediale Hegemonie macht nur die zu den Machtverhältnissen passenden Flimmerbildchen.

Das ist eigentlich nicht so schwierig zu verstehen. Wie das Genie aus der Duisburger Dickelsbachsiedlung Adi Preißler in einem Moment Heinrich-von-Kleist'scher Hellsicht konstatierte: »Grau is' im Leben alle Theorie, aber entscheidend is' auf'm Platz!« Willkommen und

Sport frei! Hochachtungsvoll grüßt,

Anselm Lenz
Journalist, Verleger

Vom Kippunkt

Die frankreichweite Revolte ist abgeflaut. Aber unter der Oberfläche brodelt es weiter. Kann sich die fünfte französische Republik noch halten? DW-BERICHT und AUFARBEITUNG in mehreren Teilen von Anselm Lenz aus Clermont Ferrand und Berlin (Teil 3)

Am Abend des 30. Junis 2023 ist es nicht mehr zu übersehen: Die Revolte, die am Nachmittag des 27. Junis nach der Ermordung des jungen Nahel M. begonnen hatte, und sich konsequent gegen das Kriegslügen-, Verarmungs und Corona-Regime wandte, ist umgeschlagen. Die Revolution verraucht in einer diffusen landesweiten Plünderungswelle ohne politische Ziele. Das war gewollt und teilweise »gemacht«.

Wie kann ein totalitärer Apparat, der uns auf Schritt und Tritt in ALLEN Lebensregungen überwachen und unter totalitäre Kontrolle bringen will, niedergerungen und beendet werden? Diese Frage stellen unsere französischen Freunde, die wir am Abend des 30. Juni 2023 besuchen. Drei Tage zuvor war der junge Mann Nahel M. von motorisierter Infanterie mit Polizei-Aufdruck bei Paris erschossen worden. Serge und Hermineh empfangen uns in einer Art wilder Kleingartenkolonie im Zentralmassiv unweit der Stadt Clermont. Die beiden Experten für Demokratie und die soziale Frage treffen wir in nachdenklicher Haltung an. Sie sind davon überzeugt, dass die Revolte des französischen Volkes, die Revolution werden will, gerade dabei ist, geheimdienstlich unterwandert zu werden.

Der Vorabend: Auch in der Kleinstadt Garges-lès-Gonesse wurde das Rathaus niedergebrannt. Unklar ist den beiden Autoren, warum diese lokalen Gebäude wie kleine Rathäuser in Flammen stehen, die ja geeignet wären, das Volk auf regionaler Ebene gegen die Zentralgewalt zu sammeln. Der verhasste Präsident Macron soll sich zu dem Zeitpunkt bereits seit 18 Stunden überwiegend im Bunkertrakt des Pariser Präsidialamtes befinden.

Frankreich steht seit Jahren vor dem Unsturz – seit Nuit Debout, den Gelbwesten, den Corona-Märschen und den Protesten gegen das Verarmungsprogramm Macrons 2023 scheint nun die Wende mit Gewalt zu



Lyon am Abend des 30. Juni und in der Nacht auf 1. Juli 2023: Der bewaffnete Konflikt zwischen amerikanisierter Regierung und den Regenbogen-Konzernoligarchen einerseits und dem französischen Volk andererseits nimmt landesweit quantitativ und qualitativ weiter zu. Videostill: Anonym

kommen. Ist das der Weg? Die Autoren sind zutiefst davon überzeugt, dass es nicht mit »Reformen und Bildung« wird. »Der Apparat ist viel zu tief in alles verwoben und will nun final totalitär und massenmörderisch werden«, führt Serge aus. »Die Entwicklungen sind nicht völlig neu, die Entwicklungen sind nur schockartig zutage getreten!«, meint Hermineh.

MATERIELLE UND KULTURELLE NÖTE

Beide sind sich sicher: Nur vollendete Konsequenz »aus dem Hinterland« könnte die Agenda noch stoppen. »Aber die Agenda stoppen, das heißt, den Apparat abräumen!« Die beiden Anarchisten – also Menschen, die krasse Herrschaft von Menschen über Menschen ablehnen – halten, so soll es in diesem Text stehen, »gute Kontakte zum französischen Widerstand«. Sie sind sich sicher, dass die in Lyon und anderen Städten im Zuge der Aufstände aufgetauchten Kriegswaffen mit voller Absicht von »den Diensten« auf die Straße gebracht wurden. Auch sollen die massenhaften Plünderungen extern angeregt worden sein. Denn Ausgangspunkt war die Ermordung Nahel M.s und das Ziel die Revolution, also der Sturz des Regierungsapparates. Nicht die Selbstaustattung mit Elektrotechnik und teurem Parfum.

»Aber die Armut und Verelendung ist auch in Frankreich so weit fortgeschritten – das ist also nicht nur in Deutschland der Fall, dass die Menschen erstmal Bedürfnisse und Wünsche befriedigen.« Wer jahrelang im Supermarkt das billigste Brotimitat kaufen musste, der wolle auch mal richtig zulangen. Mancheiner bezahlt in Frankreich mehr als 15 Prozent seines Monatsumsatzes für die Wohnungsmiete. »Eines der reichsten Länder der Welt«, wie auch französische »Leidmedien« immer wieder propagieren, hat für die 99 Prozent kaum mehr zu bieten, als ein paar Süßigkeiten im Supermarkt. Dazu gibt es Gendersex und bunte Bilder auf Bildschirmen. Es herrschen also materielle und kulturelle Nöte vor.

MÜDES LÄCHELN FÜR DEUTSCHE »LINKSRADIKALE«

Wie wir am Abend hören, den wir in einem bekannten Straßencafé Clermonts verbingen, soll es auch in Berlin zu spontanen Aufständen gegen Regierung und Konzerne gekommen sein. Ob die gewaltsame Schließung der Berliner Wohnzentren Friedelstraße und weiterer im Jahr 2020 und das Ignorieren des offiziellen Volksentscheids gegen Wohnungsspekulation ein großer Fehler der »rot-rot-grünen« Landesregierung war? Die Meldung von den Aufständen verifiziert sich danach nur teilweise. Die Deutschen machen einfach keine Revolution, das schließt auch die deutschen »Linksradikalen« ein, für die die Franzosen nur noch ein müdes Lächeln übrig haben. »Wenn die Olaf Scholz von der SPD sehen, nehmen die Haltung an und hoffen, der will ihnen ein paar Gummibärchen mehr geben.« In Drancy war am frühen Morgen ein Tieflader eingesetzt worden, um die Eingangshalle zu einer Shoppingmall zu öffnen.

Fortsetzung in Ausgabe 143



Marseille am Abend des 30. Juni 2023. Foto: ConfrontFR/CCAnonym

Neu!

VERANSTALTUNGSKALENDER

01.07.-31.10.2023 • Berlin; unterschiedliche Orte und Zeiten • DJEMBE KURS • «Resonanz und Rhythmus für den Fluss des Lebens« Ali Wagner gibt Trommelkurse in der Gruppe ab Juni 2023 • 10€ pro Person pro Stunde • Information und Anmeldung unter 01520 6585133, *wichowaka@outlook.de*

22.08.2023 • Bad Zwischenahn; Forum Schulzentrum, Humboldtstr. 1 • VORTRAG • »Nur durch Frieden bewahren wir uns selber« von und mit Dr. Eugen Drewermann • 19:00 Uhr • Tickets vor Ort 15€, für Schüler Eintritt frei • weitere Informationen unter *seistolzaufdich.de/eugen-drewermann-vortrag*

01.-03.09.2023 • Weimar; historisches Schießhaus, Johann-Heinrich-Gentz-Platz 1, 99423 Weimar • FESTIVAL • »Musik & Wort in Weimar« mit Martina-Gebhardt-Quartett, Votum, Lauschkonzert, Ulrike Guérot & Gabriele Gysi, Hans-Joachim Maas, Jens Fischer-Rodrian, Uli Masuth und vielen anderen Künstlern • Beginn 19:00 Uhr • Tickets unter: *dasfestival.eu*

23.09.2023 • Templin; Seniorenlandsitz „AnderBuschheide", Dargersdorfer Str. 123, 17268 Templin • VORTRAG • »Nur durch Frieden bewahren wir uns selber. Die Bergpredigt in der Zeitenwende« von und mit Dr. Eugen Drewermann • 19:00 Uhr, Einlass ab 17:15 Uhr • Voranmeldung in Form einer Überweisung von mindestens 5€ auf das Konto des FEBiD e.V., Volksbank Uckermark GENODEF1PZ1, IBAN: DE59 1509 1704 0121 8687 09

25.09.2023 • Bad Dürkheim; Salierhalle, Kurbrunnenstr. 32, 67098 Bad Dürkheim • VORTRAG • »Krisen-Tsunami« von Ernst Wolff • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27€ unter *krasser.guru*

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



MINIMA MORTALIA

Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz
ISBN: 9783982274508 t



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG.

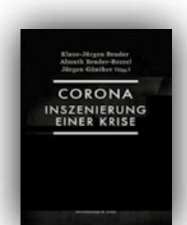
Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI – Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC: Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder,
Prof. Almuth-Bruder Bezzel,
Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?

Gunner Kaiser (Hg)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA.
Erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses
Uli Gellermann, Tamara Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp & Lenz Verlagshaus,
ISBN: 978-3-9822745-1-5



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen von u.a. Beate Bahner, Robert F. Kennedy Jr., Daniele Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2021/22
Redaktion: Casey Koneth mit Beiträgen u.a. von Nina Adlon, Prof. Hans-Jürgen Bandelt, Ken Jebsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6



Studenten machen am 3. August 2022 ihre Sache klar. Foto: Georgi Belickin



VOYEURE IM DW-PUBLIKUM

KOLUMNE MEDIEN

von Prof. Michael Meyen

Diese Kolumne wird gelesen – sogar von denen, für die sie gar nicht gedacht ist. Was die Leitmedien dabei aufpicken, erzählt wenig über meine Texte, aber viel über die Probleme eines Journalismus, der seinen Kompass verloren hat.

Als ich angefangen habe, an dieser Stelle zu schreiben, dachte ich: Wer politisch wirken will, braucht Medienkompetenz. Also kläre ich auf, Woche für Woche. Wem gehören Verlage, Portale, Sender? Wer brieft die Redaktionen? Warum senden die Öffentlich-Rechtlichen an etlichen Beitragszahlern vorbei?

Ich schreibe dabei auch für mich selbst. Jeder Text hilft mir, Dinge besser zu verstehen, und manchmal antworten sogar Leser, die mich weiterbringen. Dass die Leitmedien selbst reagieren, hatte ich nicht einmal zu hoffen gewagt. Jetzt hat es einer meiner *DW*-Sätze sowohl in die *taz* geschafft als auch in die *Süddeutsche Zeitung*: »Mit einem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der den Medienstaatsvertrag beim Wort nimmt und das liefert, wofür wir ihn bezahlen, hätte es keine Pandemie gegeben und wahrscheinlich keinen Kriegskurs.« Patrick Guyton und Sebastian Krass nutzen das Zitat in Berichten über mein Disziplinarverfahren. Motto: Wenn ein Professor sowas sagt, muss er bestraft werden.

Was im Medienstaatsvertrag steht, spielt dabei keine Rolle. Paragraf 26 ist ganz klar: Zum »Auftrag« der Anstalten gehören »wahrheitsgemäße und umfassende Information« sowie Objektivität, Unparteilichkeit und eine »möglichst breite Themen- und Meinungsvielfalt«. Jeder weiß, dass wir das weder bei *Lockdowns* und »Regeln« hatten noch vor den Ukraine-Entscheidungen. Jeder weiß auch, dass wir diesen Paragrafen nirgendwo einklagen können und deshalb Medienkritik brauchen.

Wobei: In den Leitmedien weiß man das offenbar nicht. Vermutlich hat man dort vergessen, dass der Journalismus kein Lautsprecher ist, sondern Öffentlichkeit herstellen muss, damit sich jeder selbst eine Meinung bilden kann. Stattdessen beschimpft mich Patrick Guyton in der *taz*, weil ich die Rammstein-Verdachtsberichterstattung kritisiere, und behauptet sogar, ich wolle die »Rundfunkgebühren« abschaffen. Wer weiß, wo er das gelesen hat. Nachdenken sollten wir über diese Idee trotzdem.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.



SPORT MIT BERTHOLD

DAS BESTE STADION DER WELT MAL ZEHN

Das Aztekenstadion ist meine Nummer eins. Baukörper und Akustik sind einzigartig. An das Stadion in der mexikanischen Hauptstadt kommt lange nichts heran.

Doch auch die Tifosi vom AS Rom haben im meistens ausverkauften Olympiastadion immer für eine fantastische Stimmung gesorgt, aber mit dem Estadio Azteca kann sich niemand messen. Knapp 115.000 Sitzplätze und dann die Vuvuzelas – es hat im WM-Finale 1986 so laut gerührt, dass ich es gar nicht so wiedergeben kann, wie beeindruckend das zusammen mit dieser Gesamtkulisse war. Dazu kamen noch die vielen argentinischen Fans, die haben wie immer für eine super Stimmung gesorgt.

Wenn man das Azteketenstadion von 1986 mal 10 nimmt, kommt man etwa auf die Anzahl der Demokraten, die am 1. August 2020 in Berlin demonstrierten.

Am ersten Samstag des Jahres 2020 war ich zwar nicht in Berlin mit dabei, aber meine Frau Britta Berthold. Auch sie hat mir damals gleich berichtet, dass es unglaublich viele Menschen waren, wahrscheinlich weitaus über eine Million. Später kam die Polizeimeldung mit über 800.000 Teilnehmern schon am Mittag. Britta war zudem sehr beeindruckt von der Stimmung und der Energie. Die Berichte und Zahlen in den Hauptmedien wurden danach leider definitiv gefälscht, kamen der Wirklichkeit nicht nahe, selbst für den Fall, dass sogar die erste Polizeischätzung etwas zu hoch gewesen sein sollte.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



ZEIT DES ERWACHENS

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Klaus Ebbert

Manche werden die Coronajahre später einmal vielleicht als die Zeit der großen Spaltung bezeichnen. Ich würde es positiver ausdrücken und sie als eine Zeit des Erwachens darstellen.

Ja, viele haben Freunde verloren, von denen sie dachten, es wären solche. Doch nach und nach ergaben sich neue zwischenmenschliche Beziehungen, die um ein Vielfaches mehr das Zeug zu echten Freundschaften haben. Schon interessant, wie sehr das einem Versprechen ähnelt, das Jesus seinen Nachfolgern gegeben hat. Er versprach ihnen, wenn sie um seinetwillen etwas oder jemanden verlieren würden, bekämen sie es auf andere Weise vielfältig wieder zurück.

Aus eigener Erfahrung kann ich dies nur bestätigen. Viele der neuen Bekannten und Freunde haben eines gemeinsam. Wach geworden sind sie auf einer intensiven Suche nach dem wahren Sinn des Lebens. Zum Großteil begeben sie sich dabei auf breit gefächerte spirituelle Wege. Ihr überwiegendes Credo: Sie glauben an das Gute, diesen Gotteskern in sich selbst, den es gilt, sich entfalten zu lassen. Das ist zunächst einmal sehr nachvollziehbar. Allemal ist es viel besser als die große Teilnahmslosigkeit und Oberflächlichkeit, die in weiten Teilen der Bevölkerung grassiert.

Jesus sagt seinen Nachfolgern allerdings etwas völlig anderes: »Ich bin der Weinstock, und ihr seid die Reben. Wer in mir lebt, so wie ich in ihm, der bringt reiche Frucht. Denn ohne mich könnt ihr nichts vollbringen.« (Johannes 15,5). Mit anderen Worten: Ohne mich geht nichts. Das Licht und die Liebe könnt ihr nicht aus euch selbst schaffen, sondern ich bin das Licht und die Liebe in euch. Verlasst ihr euch allein auf eure eigene Kraft, werdet ihr immer wieder scheitern. Paulus drückt dieses menschliche Dilemma in einem seiner Briefe sehr drastisch aus: Das Gute, das ich tun will, tue ich nicht, doch das Böse, was ich nicht tun will, das tue ich. Wer von uns kennt diese frustrierenden Situationen nicht. Jene, die anderes behaupten, betrügen nur sich selbst. Doch Jesus bietet uns seinen Ausweg: Folgt mir nach, indem ihr von euren eigenen Wegen umkehrt und mir vertraut, der ich euch am Kreuz den Weg dafür freigemacht habe.

Diese Aufforderung Jesu macht den riesengroßen Unterschied. Das entlastet ungemein. Ein Wechsel vom eigenen Selbstbemühen hin zu einem neuen Sein und Schaffen in Jesus. Der Beginn einer unverbrüchlichen genialen Teamarbeit mit dem Schöpfer, ein neues Leben in seiner Kraft, eine *never ending story*. So übersetzt ist Evangelium eine wirklich gute Botschaft. Dann führt das Erwachen in dieser Zeit zu einem großartigen Ziel.

Der Autor war Diplom-Sportlehrer im Schuldienst und hat bereits mehrere eigene Lyrikbände herausgegeben. Er lebt mit seiner Familie im Westmünsterland.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

»FALLS FREIHEIT ÜBERHAUPT IRGEND ETWAS BEDEUTET, DANN BEDEUTET SIE DAS RECHT DARAUF, DEN LEUTEN DAS ZU SAGEN, WAS SIE NICHT HÖREN WOLLEN. GEORGE ORWELL

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*